

«MULTICOOPERATION SICAV»

Investmentgesellschaft mit variablem Kapital

L-1661 Luxemburg, 25, Grand-Rue

R.C.S. Luxemburg Sektion B Nummer 44963

Gegründet am 8. September 1993 aufgrund notarieller Urkunde aufgenommen von Herrn Paul FRIEDERS, Notar mit damaligen Amtssitz in Luxemburg, veröffentlicht im Mémorial C du Grand-Duché de Luxembourg, Recueil des Sociétés et Associations (Mémorial C) N° 482 vom 15. Oktober 1993.

Die Satzung wurde zum letzten Mal abgeändert, gemäß Urkunde aufgenommen durch Notar Henri HELLINCKX, mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg, am 15. Dezember 2015, veröffentlicht im Mémorial Recueil des Sociétés et Associations am 21. Januar 2016.

KOORDINIERTE SATZUNG

zum 15. Dezember 2015

Die Gesellschaft

Artikel 1.- Unter dem Namen "**MULTICOOPERATION SICAV**" (die "**Gesellschaft**") besteht eine "Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital" (**SICAV**).

Dauer

Artikel 2.- Die Gesellschaft besteht für einen unbegrenzten Zeitraum. Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft aufgelöst werden, sofern der Beschluss in der Form gemäß Art. 32 dieser Satzung erfolgt.

Gegenstand

Artikel 3.- Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage in übertragbare Wertpapiere jeder Art und/oder in andere liquide Finanzanlagen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (das „**Gesetz von 2010**“) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere, zum Zwecke der Risikostreuung und um den Aktionären das Ergebnis der Verwaltung des Anlagevermögens zukommen zu lassen. Die Gesellschaft kann jede Maßnahme treffen und alle Geschäfte durchführen, die sie als zur Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszwecks nützlich erachtet, in dem Umfange, wie es das Gesetz von 2010 erlaubt.

Geschäftssitz

Artikel 4.- Der Geschäftssitz der Gesellschaft besteht in der Stadt Luxemburg, im Großherzogtum Luxemburg. Zweigniederlassungen oder andere Repräsentanten können entweder in Luxemburg oder im Ausland durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft (der „**Verwaltungsrat**“) errichtet werden.

Falls der Verwaltungsrat entscheidet, dass Ereignisse höherer Gewalt geschehen sind oder unmittelbar bevorstehen, welche die normalen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft an ihrem Geschäftssitz oder den laufenden Kontakt mit Personen im Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Geschäftssitz vorübergehend ins Ausland verlegt werden, bis diese außerordentlichen Umstände beendet sind. Derartige vorübergehende Maßnahmen haben

keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, die eine Luxemburger Gesellschaft bleibt.

Gesellschaftskapital - Aktien

Artikel 5.- Das Gesellschaftskapital ist durch Anteile ohne Nennwert („**Anteile**“) dargestellt, die zusammen jederzeit dem Inventarwert der Gesellschaft entsprechen.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht in Schweizer Franken dem Gegenwert von einer Million zweihundertfünfzigtausend (1.250.000,-) Euro. Sofern ein oder mehrere Subfonds (wie unten definiert) in Anteile anderer Subfonds der Gesellschaft investiert sind, ist der Wert der relevanten Anteile zum Zweck der Überprüfung des gesetzlichen Mindestkapitals nicht mit zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat ist ohne Einschränkung berechtigt, jederzeit Anteile zum Ausgabepreis pro Anteil gem. Artikel 26 dieser Satzung auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären der Gesellschaft ein Anrecht auf die neuen Anteile zu gewähren. Der Verwaltungsrat kann jedem seiner Mitglieder oder einem Geschäftsführer der Gesellschaft oder jeder rechtmäßig ermächtigten Person die Befugnis übertragen, Zeichnungen anzunehmen und Zahlungen für solche neuen Anteile entgegenzunehmen und diese auszuhändigen.

Solche Anteile können gemäß Beschluss des Verwaltungsrates verschiedenen Anlagevermögen („**Subfonds**“) angehören und ebenfalls nach Beschluss des Verwaltungsrates in unterschiedlichen Währungen notiert sein. Der Verwaltungsrat kann außerdem bestimmen, dass innerhalb eines Subfonds zwei oder mehrere Kategorien von Anteilen („**Anteilkategorie**“) mit unterschiedlichen Merkmalen ausgegeben werden, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifische Merkmale wie jeweils vom Verwaltungsrat bestimmt und im Rechtsprospekt („**Rechtsprospekt**“ bzw. „**Prospekt**“) der Gesellschaft beschrieben.

Der Erlös der Ausgabe jedes Subfonds wird gemäß Artikel 3 dieser Satzung in Wertpapiere (Wertrechte etc.; in der Folge „**Wertpapiere**“) bzw. in andere liquide Finanzanlagen investiert, die den Anlagebestimmungen entsprechen, die der Verwaltungsrat für die betreffenden Subfonds bestimmt.

Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit Gratisanteile ausgeben, wobei der Inventarwert pro Anteil dann auf dem Wege eines Splits verkleinert wird.

Zur Bestimmung des Gesellschaftskapitals werden die Inventarwerte jedes Subfonds, die nicht in Schweizer Franken ausgedrückt sind, in Schweizer Franken umgerechnet, so dass das Gesellschaftskapital der Summe aller Inventarwerte aller Subfonds ausgedrückt in Schweizer Franken entspricht.

Anteile

Artikel 6.- Der Verwaltungsrat gibt Anteile nur in Namensform aus.

Inhaberanteile werden nicht ausgegeben. Insofern früher Inhaberanteile oder Zertifikate für Inhaberanteile ausgegeben wurden, finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juli 2014 über die Immobilisierung von Inhaberaktien und -anteilen und über die Führung des Namensregisters und des Inhaberaktienregisters („**Immobilisierungsgesetz**“) Anwendung.

Es werden keine Zertifikate über die ausgegebenen Anteile ausgestellt. Wenn ein Aktionär dies wünscht, wird ihm stattdessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes ausgestellt und zugesandt, und es werden ihm dafür die üblichen Gebühren belastet. Die Gesellschaft kann Anteilsbestätigungen in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschließen wird.

Es können Bruchteile von Anteilen ausgegeben werden, welche auf- oder abgerundet werden, gemäß den Bestimmungen des geltenden Rechtsprospektes der Gesellschaft.

Anteile werden nach Annahme der Zeichnung und vorbehaltlich der Zahlung des Kaufpreises (gem. Artikel 26 dieser Satzung) ausgegeben. Der Zeichner wird auf Wunsch die Bestätigung seiner Anteile innerhalb gesetzlich vorgeschriebener Fristen erhalten.

Zahlungen von Dividenden an Namensaktionäre erfolgen an ihre Anschrift im Gesellschaftsregister („**Register**“) oder an jene Anschrift, die der Gesellschaft schriftlich angegeben worden ist.

Bezüglich der in der Vergangenheit ausgegebenen Inhaberanteile kommen die Bestimmungen des Immobilisierungsgesetzes zur Anwendung.

Die Aktionäre sämtlicher ausgegebenen Anteile der Gesellschaft werden im Register eingetragen, das von der Gesellschaft oder durch eine oder mehrere Personen/Firmen geführt wird, die hierzu vom Verwaltungsrat ernannt werden. In diesem Register soll der Name jedes Aktionärs, sein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt und die Anzahl, die Subfonds und Anteilskategorie der von ihm gehaltenen Anteile eingetragen werden. Die Übertragung und

die Rückgabe eines Anteils werden in das Register eingetragen nach Zahlung einer üblichen Gebühr, die von der Gesellschaft für eine derartige Registrierung festgelegt wird.

Anteile sind frei von Beschränkungen der Übertragungsrechte und Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an die Aktionäre können an die Adresse geschickt werden, die in das Register eingetragen wurde. Falls ein Aktionär diese Anschrift nicht mitteilt, kann eine entsprechende Notiz in das Register eingetragen werden. Infolgedessen kann die Gesellschaft davon ausgehen, die Anschrift des Aktionärs befände sich am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einer anderen Adresse, wie von der Gesellschaft beschlossen, bis der Aktionär der Gesellschaft eine andere Anschrift schriftlich mitteilt. Der Aktionär kann jederzeit seine in dem Register eingetragene Anschrift korrigieren, durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft an deren Geschäftssitz oder an eine Anschrift, die die Gesellschaft bestimmt hat.

Im Falle der Ausgabe von Bruchteilsanteilen wird ein solcher Bruchteil in das Register eingetragen. Dieser Bruchteil beinhaltet keine Stimmberechtigung, jedoch berechtigt er, in dem Umfang wie von der Gesellschaft festgelegt, zu einem entsprechenden Anteil an der Dividende und am Liquidationserlös.

Einschränkung des Anteilbesitzes

Artikel 7.- Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einschränkungen (außer Einschränkung der Übertragung von Anteilen) zu erlassen, die er für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass keine Anteile der Gesellschaft oder Anteile eines Subfonds und/oder einer Anteilskategorie von einer Person (im folgenden „**Ausgeschlossene Person**“ genannt) erworben oder gehalten werden:

- a) welche die Gesetze oder Vorschriften eines Landes und/oder behördliche Verfügungen verletzt oder gemäß den Bestimmungen des Rechtsprospekts vom Anteilseigentum ausgeschlossen ist;
- b) deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrats dazu führt, dass die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

Die Gesellschaft kann demnach den Besitz von Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person einschränken oder untersagen. Hierfür kann die Gesellschaft:

- a) die Ausgabe von Anteilen oder die Registrierung von Anteilsübertragungen ablehnen, bis sie sich vergewissert hat, ob die Ausgabe oder die Registrierung dazu führen könnte, dass dadurch ein tatsächliches Eigentum an solchen Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person begründet würde;
- b) jederzeit von jeder namentlich registrierten Person verlangen, dem Register alle Angaben zu liefern, die sie für notwendig erachtet zwecks Klärung der Frage, ob diese Anteile tatsächlich im Eigentum einer Ausgeschlossenen Person stehen oder stehen werden;
- c) falls die Gesellschaft der Überzeugung ist, dass eine Ausgeschlossene Person, entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer anderen Person, rechtlicher oder tatsächlicher Eigner der Anteile ist, und falls diese Person die Anteile nicht einer berechtigten Person überträgt, kann die Gesellschaft zwangsweise von diesem Aktionär alle von ihm gehaltenen Anteile wie folgt zurücknehmen:
 - (1) die Gesellschaft wird dem Aktionär, der als der Eigner der erworbenen Anteile gilt, eine Aufforderung zustellen (nachstehend die „**Rückgabe-Aufforderung**“ genannt), wobei sie, wie oben beschrieben, die zurückzugebenden Anteile, den für diese Anteile zu zahlenden Preis und den Ort, wo der Kaufpreis im Hinblick auf diese Anteile zahlbar ist, bestimmt. Jede solche Rückgabe-Aufforderung kann einem solchen Aktionär auf dem Postweg zugestellt werden, durch frankiertes Einschreiben an die im Register der Gesellschaft eingetragene Anschrift des Aktionärs. Der Aktionär ist daraufhin verpflichtet, ggf. der Gesellschaft die Anteilszertifikate oder Anteilsbestätigungen, auf die sich die Rückgabe-Aufforderung bezieht, zurückzugeben. Unmittelbar nach Geschäftsschluss am Tag, der in der Rückgabe-Aufforderung genannt ist, verliert der Aktionär sein Eigentumsrecht an den in der Rückgabe-Aufforderung genannten Anteilen, und sein Name wird im Register gelöscht.
 - (2) Der Preis (nachstehend „**Rücknahmepreis**“ genannt), zu dem die genannten Anteile gemäß Rückgabe-Aufforderung gekauft werden, ist der Betrag, der dem Inventarwert der Anteile je Subfonds und Anteilskategorie entspricht, wie er in Übereinstimmung mit Artikel 24 dieser Satzung berechnet wird, abzüglich einer etwaigen Rücknahmegebühr gem. Artikel 22.

- (3) Die Zahlung des Rücknahmepreises wird dem Aktionär solcher Anteile in der Währung des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie geleistet und wird durch die Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder an einem anderen Ort (wie in der Rückgabe-Aufforderung beschrieben) zur Zahlung, ggf. gegen Aushändigung der Anteilszertifikate oder Anteilsbestätigungen oder gegen die Erbringung eines sonstigen für die Gesellschaft akzeptablen Eigentumsnachweises, hinterlegt werden. Nach Hinterlegung dieses Kaufpreises verliert die Person die Rechte, die sie, wie in dieser Satzung und im Rechtsprospekt aufgeführt, besaß, sowie alle weiteren Rechte an den Anteilen, oder irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte; ausgenommen ist das Recht der als berechtigter Eigentümer erscheinenden Person, den so hinterlegten Rücknahmepreis (ohne Zinsen) seitens der Hinterlegungsstelle wie oben beschrieben zu erhalten.
- (4) Die Ausübung der ihr gemäß diesem Artikel zustehenden Rechte durch die Gesellschaft kann in keinem Fall mit der Begründung in Frage gestellt oder als ungültig angesehen werden, dass kein ausreichender Nachweis des Eigentumsrechts von Anteilen einer Person vorgelegen hat, oder dass der tatsächliche oder rechtliche Eigner dieser Anteile ein anderer war, als es gegenüber der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Rückgabe-Aufforderung erschien, vorausgesetzt, dass die besagten Rechte durch die Gesellschaft in gutem Glauben ausgeübt worden sind;
- d) die Stimmabgabe an einer Gesellschafterversammlung durch irgendeine Ausgeschlossene Person ablehnen.

Rechte der Generalversammlung der Aktionäre

Artikel 8.- Jede ordnungsgemäß abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Deren Beschlüsse sind für alle Aktionäre verbindlich, unabhängig vom Subfonds oder von der Anteilskategorie, soweit diese Beschlüsse nicht in die Rechte der getrennten Versammlung der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie gemäß den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen.

Die Generalversammlung der Aktionäre hat die weitestgehenden Befugnisse, alle Rechtshandlungen, die sich auf die Geschäfte der Gesellschaft beziehen, anzuordnen, auszuführen oder zu genehmigen.

Generalversammlung

Artikel 9.- Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre wird in Übereinstimmung mit dem luxemburgischen Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung genannten Ort in Luxemburg abgehalten und findet am 20. Oktober jeden Jahres um 15:00 Uhr statt. Falls dieser Tag kein Bankarbeitstag in Luxemburg ist, wird die Generalversammlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten. Die Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls außergewöhnliche Umstände dies gemäß freiem Ermessen des Verwaltungsrats erforderlich machen.

Andere Versammlungen können an dem Ort und zu dem Zeitpunkt abgehalten werden, die in der entsprechenden Einladung bestimmt sind.

Getrennte Versammlungen der Aktionäre

Artikel 10.- Getrennte Versammlungen der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie können auf Antrag des Verwaltungsrats einberufen werden. Für die Beschlussfähigkeit und Abstimmungen gelten die in Artikel 11 dieser Satzung niedergelegten Regelungen sinngemäß. Eine getrennte Versammlung der Aktionäre kann bezüglich der betreffenden Subfonds oder Anteilskategorien über alle Angelegenheiten beschließen, die gemäß Gesetz oder dieser Satzung nicht der Generalversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Versammlungen der Aktionäre dürfen nicht in die Rechte von Aktionären anderer Subfonds oder Anteilskategorien eingreifen.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

Artikel 11.-

Jeder Anteil eines Subfonds oder einer Anteilskategorie hat, unabhängig vom Inventarwert des jeweiligen Anteils, das Recht auf eine Stimme, vorbehaltlich der durch diese Satzung oder das Gesetz auferlegten Einschränkungen.

Ein Aktionär kann an jeder Versammlung von Aktionären teilnehmen oder sich mittels einer brieflich oder durch Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopierer oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form erteilten Vollmacht durch einen anderen Aktionär oder durch eine andere Person vertreten lassen.

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen werden Beschlüsse an einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung von Aktionären durch einfache Mehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen und abgegebenen Stimmen gefasst. Der Verwaltungsrat kann alle weiteren Bedingungen festlegen, die durch die Aktionäre zu erfüllen sind, um an einer Versammlung der Aktionäre teilnehmen zu können.

Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, übt letzterer alle Rechte aus, welche den Aktionären durch das Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 in seiner jeweils aktuellen Fassung (das „**Gesetz von 1915**“) und der vorliegenden Satzung zustehen. Die von einem solchen alleinigen Aktionär gefassten Beschlüsse werden in einem Protokoll niedergeschrieben.

Einladungen

Artikel 12.- Für die Einberufung von Generalversammlungen oder von getrennten Versammlungen von Aktionären gelten die gesetzlichen Fristen und Formalitäten.

Die Generalversammlung bzw. weitere Versammlungen der Aktionäre werden durch den Verwaltungsrat mittels Einladung einberufen, die die Tagesordnung enthält. Diese erfolgt durch Einschreiben wenigstens acht (8) Tage vor der Generalversammlung, wobei die gesetzlich geforderten Unterlagen und Informationen den Aktionären gemeinsam mit der Einladung zugesandt werden. Diese Unterlagen sind ferner fünfzehn (15) Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz zur Einsicht verfügbar.

Die Einladung kann vorsehen, dass die Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse auf Grundlage derjenigen Anteile festgestellt werden, welche am fünften Tag, welcher der Generalversammlung um 24 Uhr (Luxemburger Zeit) vorausgeht, ausgegeben und im Umlauf sind. Die Rechte eines Aktionärs zur Teilnahme und Abstimmung bei einer Generalversammlung richten sich ebenfalls nach seinem Anteilsbesitz zu diesem Zeitpunkt.

Auf Verlangen von Aktionären, die mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, muss eine Generalversammlung einberufen werden.

Ferner können ein oder mehrere Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, verlangen, dass eine Generalversammlung einberufen wird und dass Abstimmungspunkte der Tagesordnung hinzugefügt werden. Der entsprechende

Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.

Der Verwaltungsrat

Artikel 13.- Die Gesellschaft wird durch den Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Aktionäre sein müssen.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Aktionäre anlässlich der Generalversammlung für eine Dauer von maximal sechs (6) Jahren gewählt und sind wiederwählbar. Sollte die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge von Tod, Rücktritt oder in sonstiger Weise nicht mehr besetzt sein, können die verbliebenen Verwaltungsratsmitglieder auf dem Weg der Nachwahl mit einfacher Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied wählen, das die unbesetzte Stelle bis zur nächsten Generalversammlung besetzen wird.

Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit mit oder ohne Grund durch Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre abberufen und/oder ersetzt werden. An der Generalversammlung kann nur eine Person, die dem Verwaltungsrat bis zu diesem Zeitpunkt angehörte, als Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden, es sei denn, diese Person

(1) wird vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen, oder

(2) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, unterbreitet dem Vorsitzenden – oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied – schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als 30 Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

Interne Organisation des Verwaltungsrates

Artikel 14.- Der Verwaltungsrat wird aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, sowie gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende wählen. Er kann auch einen Sekretär ernennen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht und für die Protokolle der Verwaltungsratssitzung und der Generalversammlung verantwortlich ist.

Der Vorsitzende führt den Vorsitz der Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennen die Verwaltungsratsmitglieder eine andere Person zum vorübergehenden Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluss der Anwesenden.

Eine Sitzung des Verwaltungsrats kann durch den Vorsitzenden oder durch zwei Mitglieder des Verwaltungsrates am in der Einladung angegebenen Sitzungsort unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

Briefliche, telegrafische, elektronische oder Telefaxeinladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgen an alle Mitglieder mindestens 24 Stunden vor Beginn einer solchen Sitzung, mit Ausnahme dringender Umstände, in welchem Falle diese in der Einladung anzuführen sind.

Unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen ist der Verwaltungsrat nur bei einer ordnungsgemäß erfolgten Einberufung der Sitzung beschlussfähig.

Mit Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder kann auf ein Einberufungsschreiben verzichtet werden. Eine Einberufung ist nicht erforderlich für Sitzungen, deren Daten durch Verwaltungsratsbeschluss im Voraus festgelegt worden sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann sich bei einer Verwaltungsratssitzung durch ein anderes Mitglied des Verwaltungsrats vertreten lassen. Die Vollmachterteilung erfolgt brieflich, per Telegramm, Fernschreiber oder Fernkopierer oder in jeder anderen Form wie vom Verwaltungsrat beschlossen.

Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen kann der Verwaltungsrat nur rechtsgültig beraten oder beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind, wobei eine Teilnahme durch Telefon oder Videokonferenz oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form gestattet ist. Beschlüsse werden durch Mehrheit der Stimmen der an einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Die Verwaltungsratsmitglieder können auch auf dem Zirkularwege einen Beschluss herbeiführen, durch schriftliche Zustimmung auf einer oder mehreren gleichlautenden Urkunden.

Der Verwaltungsrat kann auch einzelne Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte mit der Gesamtheit oder einem Teil der täglichen Geschäftsführung oder die Vertretung der Gesellschaft mit den vom Verwaltungsrat beschlossenen Befugnissen betrauen. Derartige Ernennungen können jederzeit vom Verwaltungsrat zurückgenommen werden.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen auch bestimmte Vollmachten und Kompetenzen auf ein Gremium übertragen, das aus von ihm ernannten Personen (gleich ob Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte) besteht.

Protokolle der Verwaltungsratssitzungen

Artikel 15.- Die Protokolle jeder Verwaltungsratssitzung werden durch den Vorsitzenden derselben und ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats unterzeichnet. Abschriften oder Auszüge solcher Protokolle, die für Rechtsverfahren oder für andere Rechtszwecke erstellt werden, sind durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats und ein Verwaltungsratsmitglied zu unterzeichnen.

Festlegung der Anlagepolitik

Artikel 16.- Der Verwaltungsrat ist mit den Kompetenzen ausgestattet, alle Verwaltungshandlungen und Verfügungen im Gesellschaftsinteresse auszuführen, welche nicht ausdrücklich durch Gesetz oder durch diese Satzung der Generalversammlung der Aktionäre vorbehalten sind.

Vorbehaltlich derjenigen Angelegenheiten, die den Aktionären in der Generalversammlung gemäß Satzung zustehen und gemäß der vorstehenden Einschränkungen, ist der Verwaltungsrat befugt, insbesondere die Anlagepolitik für jeden Subfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu bestimmen, unter Beachtung der Anlagebeschränkungen gemäß Gesetz, Verordnungen sowie Verwaltungsratsbeschlüssen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann bestimmen, dass das Vermögen der Gesellschaft wie folgt angelegt wird:

a) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente:

- die an einem geregelten Markt (im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG) notiert oder gehandelt werden;
- die an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union („EU“), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;
- die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet „Drittstaat“ alle Länder Europas die kein Mitgliedsstaat der EU sind und alle Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und des Pazifikbeckens.

b) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen geregelten Markt, wie in Punkt a) beschrieben, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

c) In Anteile von nach der Richtlinie 2009/65/EG zugelassenen Organismen für Gemeinsame Anlagen in Wertpapiere („OGAW“) und/oder anderen Organismen für Gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne von Artikel 1 Absatz (2) erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie 2009/65/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder einem Drittstaat, sofern:

- diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der *Commission de Surveillance du Secteur Financier* („CSSF“) derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht der EU gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;
- das Schutzniveau der Anteilhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahmen, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;

- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;
 - der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf.
- d) In Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf (12) Monaten bei qualifizierten Kreditinstituten, die ihren Gesellschaftssitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Mitgliedstaat der OECD oder in einem Land mit äquivalenten Geldwäschebestimmungen haben (ein „Qualifiziertes Kreditinstitut“).
- e) In Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes von 2010 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden:
- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank, der EU oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert; oder
 - von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter (a) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden; oder
 - von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts der EU, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert; oder
 - von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei den Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn (10) Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der 4. Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere

börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

- f) In Derivate einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem wie unter dem vorstehenden Buchstaben a) bezeichneten geregelten Markt gehandelt werden und/oder freihändig gehandelte („over the counter“ oder "OTC“) Derivate, sofern:
- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von Artikel 41 Absatz (1) des Gesetzes von 2010, oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen anlegen darf,
 - die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer behördlichen Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden und
 - die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Gesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.

Jedoch kann die Gesellschaft höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in andere als die unter (a) bis (e) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sowie, wenn keine darüber hinausgehenden Anlagen im Zielfonds im jeweiligen Besonderen Teil des Rechtsprospekts ausdrücklich zugelassen werden, höchstens 10% des Inventarwerts pro Subfonds in Zielfonds (d.h. Anteile in OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Ziffer c) oben) anlegen.

Der Verwaltungsrat kann jedoch in Übereinstimmung mit Kapitel 9 des Gesetzes von 2010 und unter den dort festgelegten Voraussetzungen beschließen, dass ein Subfonds („*Feeder*“) mindestens 85% seines Vermögens in Anteile eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen), der nach der EU-Richtlinie 2009/65/EG zugelassen ist, der nicht selbst ein *Feeder* ist und keine Anteile eines *Feeders* hält, investiert. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich entsprechend im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Die Gesellschaft legt höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten an. Die Gesellschaft legt höchstens 20% des Inventarwertes pro Subfonds in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung an.

Die Obergrenze des ersten Satzes des vorhergehenden Absatzes wird auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem EU-Mitgliedstaat oder seinen

Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.

Sofern mehrere Subfonds bestehen, kann ein Subfonds unter den in Artikel 181 Absatz 8 des Gesetzes von 2010 festgelegten Voraussetzungen in andere Subfonds der Gesellschaft investieren.

Abweichend von den vorhergehenden Absätzen ist die Gesellschaft ermächtigt, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Risikostreuung bis zu 100% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente verschiedener Emissionen zu investieren, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden, allerdings mit der Maßgabe, dass der Subfonds Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von mindestens sechs unterschiedlichen Emissionen halten muss, wobei die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einer Emission höchstens 30% des Inventarwertes des Subfonds ausmachen dürfen.

Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft an alle weiteren Einschränkungen halten, die von den Aufsichtsbehörden jener Länder vorgeschrieben werden, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Im Falle, dass eine Änderung des Gesetzes von 2010 zu wesentlichen Abweichungen führt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass sich solche neuen Bestimmungen anwenden.

Pooling und „Co-Management“

Artikel 17.- Die Verwaltung der Vermögenswerte eines Subfonds kann mittels „*Pooling*“ erfolgen.

In diesem Fall werden Vermögen verschiedener Subfonds zusammen verwaltet. Derartige zusammen verwaltete Vermögen werden als „*Pool*“ bezeichnet, wobei jedoch solche „*Pools*“ ausschließlich für interne Verwaltungszwecke verwendet werden. Die „*Pools*“ haben keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind nicht direkt zugänglich für die Aktionäre. Jedem Subfonds, welcher zusammen mit anderen Subfonds verwaltet wird, sind buchhalterisch seine spezifischen Vermögen zuordenbar.

Wenn Vermögen eines oder mehrerer Subfonds zusammen verwaltet werden, werden die Vermögen, welche jedem teilnehmenden Subfonds zugeteilt werden, zunächst gemäß ihrer ersten Zuteilung von Vermögen in einen solchen „Pool“ bestimmt und werden im Falle von zusätzlichen Zeichnungen oder Rücknahmen im Verhältnis zu derartigen Zeichnungen und Rücknahmen proportional abgeändert.

Die Ansprüche jedes teilnehmenden Subfonds auf die gemeinsam verwalteten Vermögen finden auf all und jede Anlagen jenes „Pools“ Anwendung.

Zusätzliche Anlagen, welche im Namen von gemeinsam verwalteten Subfonds getätigt werden, werden diesen Subfonds gemäß ihren respektiven Rechten zugeteilt und Vermögenswerte welche verkauft werden, werden in der gleichen Art und Weise von den betreffenden Vermögenswerten jedes teilnehmenden Subfonds entnommen.

Des Weiteren, soweit dies mit der Anlagepolitik der betreffenden Subfonds zu vereinbaren ist, kann der Verwaltungsrat mit Blick auf eine effiziente Verwaltung bestimmen, dass das ganze oder ein Teil des Vermögens eines oder mehrerer Subfonds im Rahmen des „Co-Management“ gemeinsam mit dem Vermögen anderer OGA, wie im Rechtsprospekt beschrieben, verwaltet wird. Die vorstehenden Regelungen gelten in diesem Fall *mutatis mutandis*.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Artikel 18.- Kein Vertrag oder sonstige Tätigkeit zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder Firma wird durch den Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Verwaltungsratsmitglied, Aktionär, Geschäftsführer oder Angestellter oder sonst wie persönlich an einer solchen Gesellschaft oder Firma beteiligt sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jedes andere Organ der Gesellschaft, das als Verwaltungsratsmitglied, Aktionär, Geschäftsführer oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma dient, mit der die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder sonst wie Geschäfte tätigt, ist infolge einer solchen Verbindung mit der anderen Gesellschaften oder Firma, nicht verhindert für die Gesellschaft tätig zu sein und über deren Rechtsgeschäfte zu entscheiden.

Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss er dieses persönliche Interesse dem

Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen und darf sich nicht mit solchen Geschäften befassen oder darüber abstimmen. Derartige Rechtsgeschäfte und Interessen eines Verwaltungsratsmitglieds oder Geschäftsführers sind bei der nächsten Generalversammlung offenzulegen.

Sofern die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, findet der vorstehende Absatz keine Anwendung, sondern es werden die Geschäfte mit ihrem Verwalter, wenn dieser ein der Gesellschaft entgegengesetztes Interesse hat, lediglich in einem Protokoll über diese Geschäfte erwähnt.

Die vorstehenden Bestimmungen werden nicht angewandt, wenn die betreffenden Geschäfte im Rahmen des alltäglichen Geschäftsgangs zu üblichen Bedingungen ausgeführt werden.

Freistellung

Artikel 19.- Die Gesellschaft wird jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, oder deren Erben, Testamentsvollstrecker oder Verwalter von allen vernünftigerweise aufgewandten Kosten im Zusammenhang mit irgendeinem Rechtsstreit/Klage oder gerichtlichen Verfahren freistellen, in das sie als Partei einbezogen wurden, als Folge ihrer Eigenschaft als aktives oder vormaliges Verwaltungsratsmitglied oder als Geschäftsführer der Gesellschaft oder, auf Verlangen der Gesellschaft, aufgrund einer Funktion bei einem anderen Unternehmen, mit dem die Gesellschaft vertraglich verbunden ist oder dessen Gläubiger sie ist, falls sie bei einem solchen Rechtsstreit oder Klage nicht von jeder Verantwortung freigestellt werden. Ausgenommen sind Vorkommnisse, für welche sie rechtskräftig aufgrund einer Klage oder einem Rechtsverfahren wegen grober Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung verurteilt werden. Im Falle eines Vergleichs wird Schadenersatz nur im Zusammenhang mit Angelegenheiten geleistet, die durch den Vergleich gedeckt sind und hinsichtlich welcher die Gesellschaft von ihren Rechtsanwälten eine Bestätigung bekommt, dass die haftungspflichtige Person keine Pflichtverletzung trifft. Die vorstehenden Rechte auf Freistellung schließen andere Rechte nicht aus, auf die vorgenannten Personen einen berechtigten Anspruch haben.

Vertretung

Artikel 20.- Die Gesellschaft wird durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Verwaltungsratsmitgliedern der Gesellschaft verpflichtet oder – falls der Verwaltungsrat

entsprechende Beschlüsse gefasst hat – durch gemeinsame Unterschriften eines Verwaltungsrats mit einem Geschäftsführer, Prokuristen oder anderen Bevollmächtigten bzw. durch die Einzel- oder gemeinsame Unterschrift solcher bevollmächtigter Personen für bestimmte Einzelgeschäfte oder Geschäftsbereiche, denen dazu durch Verwaltungsratsbeschluss oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder die entsprechenden Befugnisse erteilt wurden.

Wirtschaftsprüfer

Artikel 21.- Die Generalversammlung der Gesellschaft ernennt einen Wirtschaftsprüfer („*réviseur d'entreprise agréé*“), der die in Artikel 154 des Gesetzes von 2010 beschriebenen Pflichten gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Artikel 22.-

Rücknahme

Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, hat die Gesellschaft das Recht, ihre Anteile jederzeit innerhalb der durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkung bezüglich des Mindestkapitals zurückzukaufen.

Jeder Aktionär kann beantragen, dass die Gesellschaft sämtliche oder einen Teil seiner Anteile zurückkauft, unter dem Vorbehalt, des Aufschubs von Rücknahmen (wie nachstehend definiert).

Der Verwaltungsrat kann beschließen, die Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen aufzuschieben, wenn bei der Gesellschaft an einem Bewertungstag oder über einen im Prospekt definierten Zeitraum von mehreren Bewertungstagen Rücknahme- oder Umtauschgesuche eingehen, die einen im Prospekt festgelegten Prozentsatz der ausstehenden Anteile eines Subfonds übersteigen. Der Verwaltungsrat definiert die maximale Dauer des Aufschubs im Prospekt. Diese Rücknahme- und Umtauschanträge werden gegenüber später eingegangenen Anträgen bevorzugt behandelt.

Soweit nichts anderes im Rechtsprospekt bestimmt ist, wird der Rücknahmepreis üblicherweise innerhalb von fünf Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden

Bewertungstag oder, falls später, nach dem Eingangsdatum der Anteilszertifikate (sofern früher solche ausgegeben wurden) bezahlt. Der Rücknahmepreis wird auf der Grundlage des Inventarwerts pro Anteil des jeweiligen Subfonds bzw. der betreffenden Anteilskategorie in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Artikels 24 dieser Satzung berechnet, abzüglich einer Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils beschlossen und im Rechtsprospekt beschrieben wird.

Sollte im Falle von Rücknahmen aufgrund von außergewöhnlichen Umständen die Liquidität des Anlagevermögens eines Subfonds nicht für die Zahlung innerhalb dieses Zeitraums ausreichen, wird die Zahlung so bald wie möglich durchgeführt werden, jedoch, soweit rechtlich zulässig, ohne Zinsen.

Der Antrag auf Rücknahme der Anteile ist vom Aktionär schriftlich direkt an die Gesellschaft oder an eine der Vertriebsstellen bis zu dem im Rechtsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile zurückgegeben werden sollen.

Ein ordnungsgemäß erteilter Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, außer im Falle und während einer Aussetzung oder Aufschiebung der Rücknahme. Zurückgenommene Anteile werden annulliert.

Umtausch

Jeder Aktionär kann grundsätzlich den gänzlichen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in Anteile eines anderen Subfonds an einem für beide Subfonds geltenden Bewertungstag sowie innerhalb eines Subfonds einen Umtausch zwischen verschiedenen Anteilskategorien beantragen, gemäß einer im Rechtsprospekt beschriebenen Umtauschformel und nach den Grundsätzen und gegebenenfalls Einschränkungen, wie sie vom Verwaltungsrat für jeden Subfonds festgelegt worden sind.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, den Umtausch der Anteile eines Subfonds in Anteile eines anderen Subfonds oder innerhalb eines Subfonds in andere Anteilskategorien Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen, die im jeweils geltenden Rechtsprospekt dargelegt sind. Dabei kann der Verwaltungsrat insbesondere:

- die Frequenz von Umtauschanträgen begrenzen;
- den Umtausch von Anteilskategorien bzw. in Anteile unterschiedlicher Subfonds mit einer Gebühr belasten;
- den Umtausch zwischen Anteilskategorien innerhalb eines Subfonds ausschließen.

Liquidation

Sofern, gleich aus welchem Grund, der Inventarwert der Vermögenswerte eines Subfonds unter einen bestimmten Betrag sinkt, welcher vom Verwaltungsrat als angemessenes Mindestvolumen für den betreffenden Subfonds festgelegt ist, bzw. diesen Betrag nicht erreicht, oder, falls der Verwaltungsrat es für angebracht hält, wegen Veränderungen der wirtschaftlichen oder politischen Gegebenheiten, welche für den betreffende Subfonds von Einfluss sind, oder falls es im Interesse der Aktionäre ist, kann der Verwaltungsrat alle (aber nicht nur einige) Anteile des betreffenden Subfonds zu einem Rücknahmepreis, welcher die vorweggenommenen Realisations- und Liquidationskosten für die Schließung des betreffenden Subfonds widerspiegelt, jedoch ohne eine sonstige Rücknahmegebühr, zurücknehmen.

Die Schließung eines Subfonds verbunden mit der zwangsweisen Rücknahme aller betreffenden Anteile aus anderen Gründen, als den im vorherigen Absatz angegebenen, kann nur mit dem vorherigen Einverständnis der Aktionäre dieses zu schließenden Subfonds auf einer ordnungsgemäß einberufenen getrennten Versammlung der Aktionäre des betroffenen Subfonds, welche wirksam ohne Quorum gehalten wird und mit einer Mehrheit von 50% der anwesenden oder vertretenen Anteile entscheiden kann, beschlossen werden.

Sofern ein Subfonds *Feeder* eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, führt die Liquidation oder Verschmelzung dieses anderen OGAW (oder dessen Subfonds) zur Liquidation des *Feeders*, es sei denn, der *Feeder* ändert mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde seine Anlagepolitik im Rahmen der Grenzen des Teils 1 des Gesetzes von 2010. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Liquidationserlöse, welche den Aktionären bei der Beendigung der Liquidation eines Subfonds nicht ausgezahlt werden konnten, werden bei der *Caisse de Consignation* in Luxemburg hinterlegt und verfallen nach dreißig (30) Jahren.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Liquidation zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Verschmelzung

Der Verwaltungsrat kann ferner jeden Subfonds mit einem anderen Subfonds der Gesellschaft oder mit einem anderen OGAW gemäß Richtlinie 2009/65/EG oder einem Subfonds eines solchen verschmelzen.

Eine vom Verwaltungsrat beschlossene Verschmelzung, welche gemäß den Bestimmungen von Kapitel 8 des Gesetzes von 2010 durchzuführen ist, ist für die Aktionäre des betreffenden Subfonds nach Ablauf einer dreißigtägigen Frist von der diesbezüglichen Unterrichtung der betreffenden Aktionäre an bindend. Die vorgenannte Frist endet fünf (5) Bankarbeitstage vor dem für die Verschmelzung maßgebenden Bewertungstag. Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Verschmelzung zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Ein Antrag eines Aktionärs auf Rücknahme seiner Anteile während der Frist darf nicht mit einer Rücknahmegebühr belastet werden, mit Ausnahme der von der Gesellschaft zurückbehaltenen Beträge zur Deckung von Kosten im Zusammenhang mit Desinvestitionen.

Eine Verschmelzung eines oder mehrerer Subfonds, infolge derer die Gesellschaft zu existieren aufhört, muss von der Generalversammlung beschlossen werden und vom Notar festgehalten werden. Für solche Beschlüsse ist kein Quorum erforderlich, und es genügt die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen

Artikel 23.- Der Inventarwert der Vermögen der Gesellschaft, der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds und, sofern anwendbar, die Inventarwerte der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorien (zusammen, „**Inventarwert**“) werden in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag - wie nachfolgend definiert - bestimmt, außer in den nachstehend beschriebenen Fällen einer Aussetzung. Bewertungstag für jeden Subfonds ist jeder Bankarbeitstag in Luxemburg, welcher zugleich kein gewöhnlicher Feiertag für die Börsen oder anderen Märkte ist, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwerts des entsprechenden Subfonds die Bewertungsgrundlage darstellen, wie von der Gesellschaft bestimmt, sofern im Rechtsprospekt bezüglich eines bestimmten Subfonds nichts anderes vorgesehen ist. Jedoch muss mindestens zweimal pro Monat an einem Bankarbeitstag in Luxemburg ein Bewertungstag festgesetzt werden.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Inventarwertes jedes Subfonds, sowie die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen dieses Subfonds, ebenso wie den Umtausch von und in Anteile eines Subfonds zeitweilig aussetzen:

- a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwertes die Bewertungsgrundlagen darstellen, (außer an gewöhnlichen Feiertagen) geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird; oder
- b) wenn es nach Ansicht des Verwaltungsrates aufgrund besonderer Umstände unmöglich ist, Vermögenswerte zu verkaufen oder zu bewerten; oder
- c) wenn die normalerweise zur Kursbestimmung eines Wertpapiers dieses Subfonds eingesetzte Kommunikationstechnik zusammengebrochen oder nur bedingt einsatzfähig ist; oder
- d) wenn die Überweisung von Geldern zum Kauf oder zur Veräußerung von Kapitalanlagen der Gesellschaft unmöglich ist; oder
- e) sofern ein Subfonds *Feeder* eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, wenn und solange dieser andere OGAW (oder dessen Subfonds) zeitweilig die Ausgabe oder Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt hat; oder
- f) Im Falle einer Verschmelzung eines Subfonds mit einem anderen Subfonds oder mit einem anderen OGAW (oder einem Subfonds eines solchen), sofern dies zum Zweck des Schutzes der Aktionäre gerechtfertigt erscheint; oder
- g) wenn aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände umfangreiche Rücknahmeanträge eingegangen sind und dadurch die Interessen der im Subfonds verbleibenden Aktionäre nach Ansicht des Verwaltungsrats gefährdet sind; oder
- h) im Fall einer Entscheidung, die Gesellschaft zu liquidieren, am oder nach dem Tag der Veröffentlichung der ersten Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre zu diesem Zweck.

Bei Eintritt eines Ereignisses, welches die Liquidation der Gesellschaft zur Folge hat, oder nach Eingang einer entsprechenden Anordnung der CSSF, wird die Gesellschaft die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Anteilen unverzüglich einstellen.

Aktionäre, die ihre Anteile zur Rücknahme oder Umtausch angeboten haben, werden innerhalb von sieben (7) Tagen schriftlich über die Aussetzung sowie unverzüglich über die Beendigung derselben benachrichtigt.

Die Aussetzung der Ausgabe bzw. Rücknahme und des Umtauschs von Anteilen irgendeines Subfonds hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Inventarwertes, die Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines anderen Subfonds.

Festlegung des Inventarwertes

Artikel 24.- Der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds, und soweit anwendbar, der Inventarwert der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorien wird in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag bestimmt, indem der gesamte Inventarwert der Aktiva des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile dieses Subfonds oder dieser Anteilskategorie dividiert wird. Der gesamte Inventarwert des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie repräsentiert dabei den Marktwert der ihr zugeordneten Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten.

Bewertungsvorschriften

Artikel 25.- Die Bewertung der Inventarwerte der verschiedenen Subfonds erfolgt in folgender Weise:

(A) Aktiva

Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten folgendes:

- a) sämtliche verfügbaren Kassenbestände bzw. auf Konto, zuzüglich aufgelaufene Zinsen;
- b) alle Wechsel und andere Guthaben auf Sicht (inklusive der Erlöse von Wertpapierverkäufen, die noch nicht gutgeschrieben sind);
- c) alle Wertpapiere (Aktien, fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, Obligationen, Options- oder Subskriptionsrechte, Optionsscheine und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft);
- d) alle Dividenden und fälligen Ausschüttungen zugunsten der Gesellschaft in bar oder in anderer Form, soweit der Gesellschaft bekannt, unter Voraussetzung, dass die Gesellschaft die Bewertungsveränderung im Marktwert der Wertpapiere infolge der Handelspraktiken wie z.B. im Handel ex Dividende bzw. ex Bezugsrechte anpassen muss;

- e) alle aufgelaufenen Zinsen auf verzinsliche Wertpapiere, die die Gesellschaft hält, soweit nicht solche Zinsen in der Hauptforderung enthalten sind;
- f) alle finanziellen Rechte, die sich aus dem Einsatz derivativer Instrumente ergeben;
- g) die vorläufigen Aufwendungen der Gesellschaft, soweit diese nicht abgeschrieben wurden, unter der Voraussetzung, dass solche vorläufigen Aufwendungen direkt vom Kapital der Gesellschaft abgeschrieben werden dürfen; und
- h) alle anderen Aktiva jeder Art und Zusammensetzung, inklusive vorausbezahlte Aufwendungen.

Der Wert solcher Anlagewerte wird wie folgt festgelegt:

- 1) Der Wert von frei verfügbaren Kassenbeständen bzw. Einlagen, Wechsel und Sichtguthaben, vorausbezahlte Aufwendungen, Bardividenden und Zinsen gemäß Bestätigung oder aufgelaufen, aber nicht eingegangen, wie oben dargestellt, soll zum vollen Betrag verbucht werden, es sei denn aus irgendeinem Grund sei die Zahlung wenig wahrscheinlich oder nur ein Teil einbringlich, weshalb der Wert hiervon nach Reduktion eines Abschlages ermittelt werden soll, nach Gutdünken der Gesellschaft, mit dem Zwecke, den effektiven Wert zu ermitteln.
- 2) Zum Anlagevermögen gehörende Wertpapiere die amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs an dem Hauptmarkt, an dem diese Wertpapiere gehandelt werden, bewertet. Dabei können die Dienste eines von dem Verwaltungsrat genehmigten Kursvermittlers in Anspruch genommen werden. Wertpapiere, deren Kurs nicht marktgerecht ist, sowie alle anderen zulässigen Anlagewerte (einschließlich Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden), werden zu ihren wahrscheinlichen Realisierungswerten eingesetzt, die nach Treu und Glauben durch oder unter der Leitung der Gesellschaft bestimmt werden.
- 3) Alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die nicht auf die Währung des entsprechenden Subfonds lauten, werden in die Währung des betreffenden Subfonds zum am Bewertungszeitpunkt von einer Bank oder einem anderen verantwortlichen Finanzinstitut mitgeteilten Wechselkurs umgerechnet.
- 4) Anteile, die von OGA des offenen Typs ausgegeben werden, sind mit ihrem zuletzt verfügbaren Inventarwert zu bewerten. Abweichend hiervon werden OGA des offenen

Typs, welche zugleich als *Exchange Traded Funds* (ETF) qualifizieren, mit ihrem Börsenschlusskurs am Ort ihrer Notierung bewertet.

- 5) Der Veräußerungswert von Termin- (Futures/Forwards) oder Options-verträgen, die nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, ist gemäß den vom Verwaltungsrat festgelegten Richtlinien und in gleichbleibender Weise zu bewerten. Der Veräußerungswert von Termin- oder Optionsverträgen, die an einer Börse oder an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ist auf der Basis des zuletzt verfügbaren Abwicklungspreises für diese Verträge an Börsen und organisierten Märkten zu bewerten, an denen Termin- oder Optionsverträge dieser Art gehandelt werden; dies gilt mit der Maßgabe, dass bei Termin- oder Optionsverträgen, die nicht an einem Bewertungstag veräußert werden konnten, der vom Verwaltungsrat als angemessen und adäquat angesehene Wert die Basis für die Ermittlung des Veräußerungswertes dieses Vertrages ist.
- 6) Die Bewertung liquider Mittel und Geldmarktinstrumente kann zum jeweiligen Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen oder unter Berücksichtigung der planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten erfolgen. Die letztgenannte Bewertungsmethode kann dazu führen, dass der Wert zeitweilig von dem Kurs abweicht, den die Gesellschaft beim Verkauf der Anlage erhalten würde. Die Gesellschaft wird diese Bewertungsmethode jeweils prüfen und nötigenfalls Änderungen empfehlen, um sicherzustellen, dass die Bewertung dieser Vermögenswerte zu ihrem angemessenen Wert erfolgt, der in gutem Glauben gemäß den vom Verwaltungsrat vorgeschriebenen Verfahren ermittelt wird. Ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine Abweichung von den planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten je Anteil zu erheblichen Verwässerungen oder sonstigen den Anteilinhabern gegenüber unangemessenen Ergebnissen führen würde, so muss sie ggf. Korrekturen vornehmen, die sie als angemessen erachtet, um Verwässerungen oder unangemessene Ergebnisse auszuschließen oder zu begrenzen, soweit dies in angemessenem Rahmen möglich ist.
- 7) Die Swap-Transaktionen werden regelmäßig auf Basis der von der Swap-Gegenpartei erhaltenen Bewertungen bewertet. Bei den Werten kann es sich um den Geld- oder Briefkurs oder den Mittelkurs handeln, wie gemäß den von dem Verwaltungsrat festgelegten Verfahren in gutem Glauben bestimmt. Spiegeln diese Werte nach Auffassung des Verwaltungsrats den angemessenen Marktwert der betreffenden Swap-Transaktionen nicht wider, wird der Wert dieser Swap-Transaktionen von dem Verwaltungsrat in gutem Glauben oder gemäß einer anderen dem Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen geeignet erscheinenden Methode bestimmt.

- 8) Wird aufgrund besonderer Umstände, wie zum Beispiel versteckter Kreditrisiken, eine Bewertung nach Maßgabe der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, ist die Gesellschaft berechtigt, andere allgemein anerkannte, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsgrundsätze anzuwenden, um eine angemessene Bewertung des Anlagevermögens zu erzielen.

(B) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sollen folgendes beinhalten

- a) alle Kreditaufnahmen, Wechsel und andere fälligen Beträge; inklusive Sicherheitshinterlagen wie *margin accounts* etc. im Zusammenhang mit dem Einsatz von derivativen Instrumenten; und
- b) alle fälligen bzw. aufgelaufenen administrativen Aufwendungen inklusive der Gründungs- und Registrierungskosten bei den Regierungsstellen wie auch Rechtsberatungsgebühren, Prüfungsgebühren, alle Gebühren bzw. Entschädigungen der Anlageberater, der Anlageverwalter, der Depotstelle, Vertriebsstellen und aller anderen Repräsentanten und Agenten der Gesellschaft, die Kosten der Pflichtveröffentlichungen und des Rechtsprospekts, der Geschäftsabschlüsse und anderer Dokumente, die den Aktionären verfügbar gemacht werden. Weichen die zwischen der Gesellschaft und den von ihr hinzugezogenen Dienstleistungserbringern wie Anlageberater, Anlageverwalter, Vertriebsträger, Depotbank vereinbarten Gebührensätze für solche Dienstleistungen bezüglich einzelner Subfonds voneinander ab, so sind die entsprechenden unterschiedlichen Gebühren ausschließlich den jeweiligen Subfonds zu belasten. Marketing- und Werbungsaufwendungen dürfen nur im Einzelfall durch Beschluss des Verwaltungsrats einem Subfonds belastet werden; und
- c) alle fälligen und noch nicht fälligen bekannten Verbindlichkeiten inklusive der erklärten aber noch nicht bezahlten Dividenden; und
- d) ein angemessener für Steuerzwecke zurückgestellter Betrag, berechnet auf den Tag der Bewertung sowie andere Rückstellungen oder Reserven, die vom Verwaltungsrat genehmigt sind; und
- e) alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien;

Jegliche Verbindlichkeit irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien ist auf den/die betreffenden Subfonds beschränkt.

Zum Zwecke der Bewertung ihrer Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft alle administrativen und sonstigen Aufwendungen mit regelmäßigem bzw. periodischem Charakter mit einbeziehen, indem sie diese für das gesamte Jahr oder jede andere Periode bewertet und den sich ergebenden Betrag proportional auf die jeweilige aufgelaufene Zeitperiode aufteilt. Diese Bewertungsmethode darf sich nur auf administrative und sonstige Aufwendungen beziehen, die alle Subfonds gleichmäßig betreffen.

(C) Zuordnung der Aktiva und Passiva

Für jeden Subfonds wird der Verwaltungsrat in folgender Weise ein Anlagevermögen erstellen:

- a) Der Erlös der Zuteilung und Ausgabe von Anteilen jedes Subfonds soll in den Büchern der Gesellschaft demjenigen Anlagevermögen zugeordnet werden, für das dieser Subfonds eröffnet worden ist und die entsprechenden Anlagewerte und Verbindlichkeiten sowie Einkünfte und Aufwendungen sollen diesem Anlagevermögen gemäß den Richtlinien dieses Artikels zugeordnet werden.
- b) Wenn irgendein Anlagewert von einem anderen Aktivum abgeleitet worden ist, sollen derartige abgeleitete Aktiva in den Büchern der Gesellschaft dem gleichen Subfonds zugeordnet werden, wie die Aktiva, von denen sie herkommen und bei jeder neuen Bewertung eines Anlagewerts wird der Wertzuwachs bzw. Wertverlust dem betreffenden Subfonds zugeordnet.
- c) Falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingegangen ist, die in Beziehung zu irgendeinem Aktivum eines bestimmten Subfonds oder zu irgendeiner Aktivität in Zusammenhang mit einem Aktivum irgendeines Subfonds steht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Subfonds zugeordnet
- d) Falls ein Anlagewert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als eine einem bestimmten Subfonds zuzuordnende bestimmte Größe angesehen werden kann und auch nicht alle Subfonds gleichmäßig betrifft, kann der Verwaltungsrat nach Treu und Glauben solche Anlagewerte oder Verbindlichkeiten zuordnen;
- e) Ab dem Tage an dem eine Dividende für einen Subfonds erklärt wird, ermäßigt sich der Inventarwert dieses Subfonds um den Dividendenbetrag, vorbehaltlich jedoch immer der Regelungen für den Verkauf und Rücknahmepreis der Anteile jedes Subfonds wie in dieser Satzung dargelegt.

(D) Allgemeine Bestimmungen

Für den Zweck der Bewertung im Rahmen dieses Artikels gilt folgendes:

- a) Anteile, die gemäß Artikel 22 dieser Satzung zurückgekauft werden, sollen als bestehende behandelt und eingebucht werden bis unmittelbar nach dem durch den Verwaltungsrat oder dessen Bevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt, an dem eine solche Bewertung durchgeführt wird, und von diesem Zeitpunkt an bis der Preis hierfür bezahlt ist werden sie als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft behandelt;
- b) alle Anlagen, Kassenbestände und übrigen Aktiva irgendeines Subfonds, die nicht auf die Währung dieses Subfonds lauten, werden unter Berücksichtigung ihres Marktwertes zu dem an dem Tag der Inventarwertberechnung geltenden Wechselkurs umgerechnet; und
- c) an jedem Bewertungstag müssen alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, die durch die Gesellschaft an eben diesem Bewertungstag kontrahiert wurden, soweit möglich, in die Bewertung mit einbezogen werden.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis

Artikel 26.- Wann immer die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, muss der Preis der angebotenen Anteile auf dem Inventarwert (wie oben definiert) des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie basieren, gegebenenfalls erhöht um eine Verkaufsgebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Verkaufsgebühr ist ganz oder teilweise an die Vertriebsstellen oder an die Gesellschaft zu zahlen, wobei diese Verkaufsgebühren sich nach den jeweiligen Gesetzen richten und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten dürfen und für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein können, aber innerhalb eines Subfonds bzw. einer Anteilskategorie müssen alle Zeichnungsanträge an demselben Ausgabetag gleich behandelt werden, soweit die betreffende Verkaufsgebühr der Gesellschaft zusteht. Der so errechnete Preis („**Verkaufspreis**“) ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu beschließenden Zeitraums von nicht mehr als sieben Luxemburger Bankarbeitstagen nach Zuteilung der Anteile zahlbar, sofern im Rechtsprospekt nicht anderweitig bestimmt.

Ausnahmsweise kann der Verkaufspreis mit Zustimmung des Verwaltungsrats und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen insbesondere mittels einer Sonderbewertung der betreffenden Sacheinlagen, welche durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt wird, der Gesellschaft derart geleistet werden, dass der Gesellschaft vom Erwerber

in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen Wertpapiere übertragen werden.

Bei jeder Rücknahme von Anteilen wird der Anteilspreis, zu dem diese Anteile zurückgenommen werden, aufgrund des Inventarwertes des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie berechnet, gegebenenfalls ermäßigt um eine Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Rücknahmegebühr ist ganz oder teilweise an die vermittelnden Verkaufsagenten zu zahlen, wobei diese Rücknahmegebühr für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein kann. Der so definierte Preis („**Rücknahmepreis**“) wird gemäß Artikel 22 dieser Satzung ausgezahlt.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises kann auch in besonderen Fällen auf Antrag bzw. mit Zustimmung des betreffenden Aktionärs mittels einer Sachausschüttung (Sachauslage) erfolgen, deren Bewertung vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft zu bestätigen ist und wobei die Gleichbehandlung aller Aktionäre sichergestellt sein muss.

Sofern der Rechtsprospekt dies vorsieht, kann der Verkaufspreis bzw. der Rücknahmepreis auch durch das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ zustande kommen. Der Verkaufspreis bzw. Rücknahmepreis entspricht dabei einem Einheitspreis, welcher wie folgt durch die Modifizierung des Nettoinventarwertes zustande kommt: Für jeden Bewertungstag werden die Nettozeichnungen bzw. die Nettorückgaben ermittelt. Der Nettoinventarwert wird in der Folge an jedem Bewertungstag um die Kosten erhöht bzw. vermindert, welche im Durchschnitt aus der Anlage der Nettozeichnungen bzw. dem Verkauf von Anlagen infolge von Nettorückgaben anfallen.

Rechnungsjahr

Artikel 27.- Das Rechnungsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erfolgen in Schweizer Franken. Falls gemäß Artikel 5 dieser Satzung verschiedene Subfonds bestehen, deren Anteilswerte in anderen Währungen als Schweizer Franken ausgedrückt werden, werden diese in Schweizer Franken umgerechnet und im konsolidierten geprüften Jahresabschluss in Schweizer Franken ausgedrückt, einschließlich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, der mit dem Bericht des Verwaltungsrats allen Aktionären fünfzehn (15) Tage vor jeder Generalversammlung zur Verfügung gehalten wird.

Gewinnverteilung

Artikel 28.- Die getrennten Versammlungen der Aktionäre der einzelnen Subfonds beschließen auf Antrag des Verwaltungsrats jährlich über die Ausschüttungen durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft kann Ausschüttungen vornehmen, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Wenn Dividenden für die ausschüttenden Anteile eines Subfonds erklärt werden, werden die Verkaufs- und Rücknahmepreise der ausschüttenden Anteile dieses Subfonds angepasst. Bei den thesaurierenden Anteilen erfolgen keine Ausschüttungen. Vielmehr wird der den thesaurierenden Anteilen zugeordnete Wert zugunsten ihrer Aktionäre reinvestiert.

Zwischendividenden können zu jeder Zeit durch Verwaltungsratsbeschluss ausbezahlt werden, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Falls Dividenden erklärt werden, werden diese grundsätzlich in der Währung des betreffenden Subfonds bezahlt, können jedoch auch in einer anderen, vom Verwaltungsrat zu beschließenden Währung, an den von demselben festgelegten Orten und Zeiten bezahlt werden. Der Verwaltungsrat kann den zur Umrechnung der Dividendenbeträge in die Währung ihrer Zahlung anwendbare Wechselkurs festlegen.

Ausschüttung bei Auflösung

Artikel 29.- Falls die Gesellschaft aufgelöst wird, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die von der Generalversammlung benannt werden, die eine solche Auflösung beschließt und Vollmachten und Entgelte festlegt. Der Nettoerlös der Liquidation bezogen auf jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie wird unter den Aktionären jedes Subfonds und jeder Anteilskategorie im Verhältnis ihrer Anteile in den bezüglichen Subfonds bzw. Anteilskategorien aufgeteilt.

Satzungsänderung

Artikel 30.- Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft abgeändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die im Gesetz von 1915 vorgesehenen Bedingungen über die Beschlussfähigkeit und die Mehrheiten in der Abstimmung eingehalten werden. Alle Änderungen der Rechte von Aktionären eines Subfonds im Verhältnis zu

denjenigen eines anderen Subfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz von 1915 für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch im betroffenen Subfonds erfüllt sind.

Allgemein

Artikel 31.- Alle Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzung geregelt sind, werden gemäß dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2010 geregelt.

THIS DOCUMENT IS A TRANSLATION - THE ORIGINAL GERMAN VERSION IS THE ONLY LEGALLY BINDING VERSION AND WILL PREVAIL.

“JULIUS BAER MULTICOOPERATION”

Investment company with variable capital
L-1661 Luxembourg
25, Grand-Rue
Luxembourg Trade & Companies Register B44963

Established on 8 September 1993 in accordance with a deed executed before notary Paul FRIEDERS, practising at that time in Luxembourg, published in the Mémorial C du Grand-Duché de Luxembourg, Recueil des Sociétés et Associations (Mémorial C) no. 482 dated 15 October 1993.

The Articles of Association were last amended, in accordance with a deed executed before notary Henri HELLINCKX, practising in Luxembourg, on 15 December 2015, published in the Mémorial Recueil des Sociétés et Associations on 21 January 2016.

COORDINATED ARTICLES OF ASSOCIATION

as at 15 December 2015

Company

Article 1- The Company is established as an “investment company with variable capital” (SICAV) under the name “MULTICOOPERATION SICAV” (the “Company”).

Duration

Article 2- The Company is established for an unlimited duration. It may be dissolved at any time through a resolution of the shareholders in the Company, provided the resolution is passed in accordance with the procedure in Article 32 of these Articles of Association.

Objective

Article 3- The sole object of the Company is the investment in transferable securities of any kind and/or in other liquid financial assets within the meaning of article 41(1) of the Law of 17 December 2010 on undertakings for collective investment in transferable securities (the “**Law of 2010**”) for the purpose of spreading investment risks and allowing its shareholders to benefit from the income generated from the management of the portfolio. The Company may implement all such measures and execute all such transactions as it may deem conducive to the pursuit and development of its object to the extent permitted by the Law of 2010.

Registered office

Article 4- The registered office of the Company is established in Luxembourg City, in the Grand Duchy of Luxembourg. Branch offices and other representative offices may be established in Luxembourg or other countries following a decision of the Board of Directors of the Company (the “**Board of Directors**”).

If, in the view of the Board of Directors, circumstances of force majeure exist or are about to exist that may adversely affect the normal business activities of the Company at its registered office or its daily contact with persons in foreign countries, the registered office may be temporarily moved to a foreign country until the extraordinary circumstances no longer exist. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which will remain a Luxembourg company.

Capital - Shares

Article 5- The capital of the Company shall be represented by shares of no par value (“**shares**”). The shares shall at any time be equal to the total net assets of the Company.

The minimum capital of the Company shall correspond to the equivalent in Swiss francs of one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1,250,000.00). If one or more sub-funds (as defined below) invest in shares of other sub-funds of the Company, the value of the relevant shares is not taken into account for the purposes of verifying the legal minimum capital.

The Board of Directors is authorised to issue shares at an issue price per share calculated in accordance with Article 26 at any time and without restriction, with no requirement to

grant existing shareholders any right to purchase the new shares. The Board of Directors may transfer to any of its members, to a manager of the Company, or to any legally authorised person the authority to accept subscriptions and receive payments for these new shares and to deliver such shares.

Following a decision of the Board of Directors, such shares may belong to different asset divisions (“**sub-funds**”) and, also following a decision of the Board of Directors, may be denominated in different currencies. The Board of Directors may also determine that, within a sub-fund, two or more classes of shares (“**share class**”) are to be issued with differing characteristics, such as a specific distribution or reinvestment policy, a specific fee structure or other specific characteristics as determined by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus (“**statutory prospectus**” or “**prospectus**”) issued by the Company.

In accordance with Article 3 of these Articles of Association, the proceeds from the issue of each sub-fund shall be invested in securities (including rights to securities, etc.; hereinafter “**Securities**”) or in other liquid financial assets that correspond to the investment principles established by the Board of Directors for these sub-funds.

The Company may from time to time issue bonus shares by way of a stock split, which results in a decreased net asset value per share.

In determining the capital of the Company, the net asset value of each sub-fund not denominated in Swiss francs shall be converted into Swiss francs, such that the capital of the Company is equal to the total of all net asset values of all sub-funds expressed in Swiss francs.

Shares

Article 6- The Board of Directors shall issue only registered shares. Bearer shares will not be issued. In the case that bearer shares or certificates have been issued in the past, the provisions of the Law of 28 July 2014 regarding the immobilisation of bearer shares (“Immobilisierungsgesetz”) shall be applicable.

No certificates will be produced for the shares issued. If a shareholder requests that a confirmation of ownership be issued and sent, the customary costs will be charged to him.

The Company may issue confirmations of ownership in such form as the Board of Directors may determine in each case.

Fractional shares may be issued, which will be rounded up or down in accordance with the provisions of the applicable statutory prospectus issued by the Company.

Shares shall be issued on acceptance of the subscription and subject to payment of the purchase price (in accordance with Article 26 of these Articles of Association). Upon request, subscribers shall receive a confirmation of their shares within the statutory deadlines.

Dividends shall be paid to the address of the registered shareholder as it appears in the register of shareholders (“**register**”), or to an address supplied to the Company in writing. In respect of bearer shares issued in the past the provisions of the Immobilisation Law shall be applied.

All shareholders holding issued shares in the Company shall be included in the register, which shall be kept by the Company or by one or more persons/organisations appointed by the Board of Directors. The name of each shareholder, their place of residence or habitual residence and the number of shares held by them as well as the sub-funds and share classes to which these shares belong are to be entered in the register. The transfer and redemption of shares will be entered in the register after payment of a usual fee as determined by the Company for registration of such information.

Shares shall not be subject to limitations with regard to transfer rights and claims in favour of the Company.

Any notices and announcements from the Company to the shareholders may be sent to the address entered in the register. In the event that a shareholder does not give his address, a corresponding note may be added to the register. Accordingly, the Company may proceed on the basis that the address of the shareholder is the registered office of the Company or some other address determined by the Company, until the shareholder gives a different address by means of a written notification. Shareholders may amend the address entered for them in the register at any time by means of written notification to the Company at its registered office or at an address determined by the Company.

In the event that fractions of shares are issued, such fractions of shares shall be entered in the register. Fractions of shares shall not give voting rights, but shall entitle the holder to a corresponding proportion of the dividends and liquidation proceeds, to the extent determined by the Company.

Restriction of share ownership

Article 7- The Board of Directors shall have the authority to impose any restrictions (except restrictions on the transfer of shares) it considers necessary in order to prevent a person (“**excluded person**” below) acquiring or holding shares in the Company or shares of a particular sub-fund and/or share class, under the following circumstances:

a) if the person has violated the laws or regulations of a country and/or orders by the authorities or, according to the provisions of the statutory prospectus, is excluded from holding shares in the Company;

b) in circumstances which in the opinion of the Board of Directors might result in the Company incurring any liability to taxation or suffering any other pecuniary disadvantage which the Company might not otherwise have incurred or suffered.

The Company may accordingly restrict or prohibit ownership of shares in the Company by excluded persons. In this connection the Company may:

a) refuse to issue shares or to register share transfers until it has ascertained whether such issue or registration could lead to de facto ownership of such shares by an excluded person;

b) require at any time from any person registered by name that they supply the register with all information which the Company deems necessary for the purpose of clarifying the question as to whether these shares are or will actually be owned by an excluded person;

c) where it appears to the Company that an excluded person, who is precluded pursuant to this article from holding shares in the Company, either alone or in conjunction with any other person is a beneficial or registered owner of shares, compulsorily redeem from any such shareholder all shares held by such shareholder in the following manner:

(1) The Company shall serve a notice (hereinafter called the "**redemption notice**") to the shareholder bearing the acquired shares or appearing in the register of shareholders as the owner of the shares to be redeemed, specifying the shares to be redeemed as aforesaid, the price to be paid for such shares, and the place at which the redemption price in respect of such shares is payable. Such redemption notice may be delivered to that shareholder by registered mail to the shareholder's address or the address entered in the register. The shareholder is thereupon required to return to the Company any share certificates or confirmations of ownership referred to in the redemption notice. Immediately

after the close of business on the date specified in the redemption notice, such shareholder shall cease to be a shareholder and his name shall be deleted in the share register.

(2) The price (hereinafter “**redemption price**”) at which the shares detailed in the redemption notice are purchased, shall be equal to the net asset value of the shares per sub-fund and share class as calculated in accordance with Article 24 of these Articles of Association, less any applicable redemption fee in accordance with Article 22.

(3) The payment of the redemption price will be made to the shareholder appearing as the owner thereof in the currency of the relevant sub-fund or share class and will be deposited by the Company in Luxembourg or elsewhere (as specified in the redemption notice) for payment to such person but only upon surrender of any share certificate or certificates or other proof of ownership acceptable to the Company. After deposit of this purchase price, the person will lose the rights which they possessed as set out in the redemption notice and all other rights to the shares, as well as any claims on the Company or its assets; this does not include the right of the person who appears to be the eligible owner to receive the deposited redemption price (without interest) from the depository as described above.

(4) The exercise by the Company of the powers conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case on the ground that there was insufficient evidence of ownership of shares by any person or that the true ownership of any shares was otherwise than appeared to the Company at the date of any redemption notice, provided that in such case said powers were exercised by the Company in good faith; and

d) reject the right of any excluded person to vote at a meeting of shareholders.

Rights of the General Meeting of Shareholders

Article 8- Each duly convened General Meeting of Shareholders shall constitute the supreme body of the Company. Its resolutions shall be binding on all shareholders regardless of the sub-fund or share class, unless the resolutions encroach upon the rights of shareholders of a particular sub-fund or share class to hold separate meetings in accordance with the provisions below.

The General Meeting of Shareholders shall have far-reaching authority to arrange, execute and approve all legal acts relating to the transactions of the Company.

General meeting

Article 9- Under Luxembourg law, the annual General Meeting of Shareholders takes place at the registered office of the Company or at another location in Luxembourg specified in the invitation, on 20 October every year at 3:00 p.m. If this day is not a business day in Luxembourg, the General Meeting takes place on the following business day. The general meeting may be held abroad if, in the opinion of the Board of Directors, exceptional circumstances so require

Other meetings may be held in addition, at the location and at the time specified in the corresponding invitation.

Separate Meetings of Shareholders

Article 10- Separate meetings of shareholders holding shares in a particular sub-fund or share class may be convened at the request of the Board of Directors. The quorum and majority requirements laid down in Article 11 of these Articles of Association below shall apply mutatis mutandis. A separate meeting of shareholders may pass resolutions on all matters relating to the applicable sub-fund or share class which are not reserved for the general meeting or the Board of Directors under the law or these Articles of Association. Resolutions of separate meetings of shareholders shall not encroach upon the rights of shareholders holding shares in other sub-funds or share classes.

Quorum and voting requirements

Article 11-

Each share in a sub-fund or share class shall entitle the holder to a vote, regardless of the net asset value of the share, subject to the restrictions imposed by these Articles of Association or the law.

A shareholder may participate in any meeting of shareholders, or may be represented by another shareholder or another person on the basis of a proxy issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to any contrary provisions in law or under these Articles of Association, resolutions at a properly convened meeting of shareholders shall be passed by simple

majority of the votes attending, or represented on the basis of a proxy, and cast. The Board of Directors may impose any further conditions that must be met by the shareholders in order for them to participate in meetings.

If the Company has only a single shareholder, the latter will exercise all rights which fall to shareholders under the Luxembourg law of 10 August 1915 as amended (the "**Law of 1915**") and the present Articles of Association. The resolutions passed by such a single shareholder will be recorded in minutes.

Invitations

Article 12- The convening of general meetings or separate meetings of shareholders shall be subject to the periods of notice and formalities laid down by law.

The General Meeting and other meetings of shareholders shall be convened by the Board of Directors by means of invitations containing the agenda. This is effected by registered mail at least eight (8) days before the General Meeting, whereby the legally required documents and information shall be sent to shareholders along with the invitation. These documents will also be available for inspection at the Company's registered office fifteen (15) days before the General Meeting.

The invitation may provide that the quorum and majority requirements be determined on the basis of those shares issued and outstanding on the fifth day following the shareholders' meeting at 12 a.m. midnight (Luxembourg time). The rights of shareholders to attend and vote at a General Meeting depend on their shareholdings at this time.

A General Meeting must be convened upon the request of shareholders representing at least one-tenth of the share capital.

Furthermore, one or more shareholders who represent at least one-tenth of the capital of the Company may request that a General Meeting be convened and that voting items on the agenda shall be added. The request in question is to be sent to the registered office of the Company by registered mail at least five (5) days before the General Meeting.

The Board of Directors

Article 13- The Company shall be managed by the Board of Directors, composed of at least three members who need not be shareholders.

The Directors shall be elected by the shareholders at the Annual General Meeting for a period of up to six (6) years and they may be re-elected. Should the position of a member of the Board of Directors become vacant as a result of death, resignation or other cause, the remaining members of the Board of Directors may elect, by simple majority, a new member of the Board of Directors who will occupy the vacant position until the next general meeting.

A member of the Board of Directors may be dismissed and/or replaced at any time with or without cause by a resolution of the shareholders. At the General Meeting, only one person who has hitherto served on the Board of Directors may be elected a member of the Board of Directors unless such person

(1) is proposed by the Board of Directors for election, or

(2) is a shareholder who possesses full voting rights for the next general meeting that is to choose the Board of Directors submits a written proposal to the chairman — or should that not be possible, to another member of the Board of Directors — no less than six and not more than 30 days before the date that has been scheduled for the general meeting and in which proposal he will nominate a person other than himself for election or re-election along with written confirmation from such person indicating that he wishes to stand for election, although the chairman may resolve, with the unanimous approval of all shareholders present, to waive the requirement of the declarations referred to above and to propose the person so nominated for election.

Internal organisation of the Board of Directors

Article 14- The Board of Directors shall elect a Chairman from amongst its members, and, if required, one or more vice-chairmen. It may also appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors and who is responsible for the minutes of the meetings of the Board of Directors and the general meeting.

The chairman shall preside at all meetings of the Board of Directors. In his absence, the Board of Directors shall appoint another person as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

A meeting of the Board of Directors may be convened by the Chairman or by two Board members at the location stated in the invitation, with details of the agenda included.

Written, telegraphic, electronic or fax invitations to a meeting of the Board of Directors shall be received by all members no later than 24 hours before the meeting starts, with the exception of urgent circumstances, details of which shall be given in the invitation.

Unless otherwise provided herein, the Directors may only act at duly convened meetings of the Board of Directors.

The invitations to a meeting may be dispensed with if all the members of the Board of Directors have declared their agreement. No notice shall be required for meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

The proxy shall be issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors. The proxy shall be given in writing or by cable or telegram or telex or telefax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to the exceptions set out below, the Board of Directors may only advise or pass resolutions with legal force if at least half of its members are present or represented; participation by telephone or by video conference or in any other form as decided on by the Board of Directors is permitted. Decisions shall be taken by a majority of the votes of the Directors present or represented at such meeting. The chairman of the Board of Directors shall have the casting vote if the number of votes cast is the same.

The members of the Board of Directors may also pass a resolution by circular, through written approval indicated on one or more documents with identical wording.

The Board of Directors may also appoint individual members of the Board of Directors or third parties to carry out all or part of the day-to-day management or representation of the Company with the powers decided by the Board of Directors. Such appointments may be revoked at any time by the Board of Directors.

Where appropriate in its view, the Board of Directors may also transfer its authority and powers to a body composed of persons it appoints (whether they are members of the Board of Directors or third parties).

Minutes of the meetings of the Board of Directors

Article 15- The minutes of each meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman of the meeting and by one other member of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors. Copies or extracts from such minutes produced for legal proceedings or other legal purposes shall be signed by the chairman of the meeting or by two members of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors and one member of the Board of Directors.

Determining the investment policy

Article 16- The Board of Directors shall have the authority to execute any administrative actions and orders in the interests of the Company that are not expressly reserved for the General Meeting of Shareholders by law or under these Articles of Association.

With the exception of those matters which the Articles of Association reserve for the shareholders at the general meeting, and subject to the above restrictions, the Board of Directors shall have the authority, in particular, to determine the investment policy for each sub-fund, in accordance with the principle of risk spreading and observing any investment restrictions laid down by law, in prudential rules and in decisions of the Board of Directors.

The Board of Directors of the Company may determine that the assets of the Company will be invested as follows:

a) In transferable securities and money market instruments:

- that are admitted to or traded on a regulated market (as defined in Directive 2004/39/EC); - that are traded on another regulated market in a member state of the European Union (“EU”) which is recognised, open to the public, and which operates regularly;
- that are admitted to official listing on a stock exchange in a third country or on another regulated market of a third country that is recognised, open to the public and operates regularly. In this context, “third country” means all countries in Europe not belonging to the EU and all countries of North and South America, Africa, Asia and the Pacific Basin.

b) In transferable securities and money market instruments resulting from new issues, provided the terms of issue contain an undertaking that an application will be made for admission to official listing on a stock exchange or other regulated market as described under

a), that is recognised, open to the public and operates regularly, and that admission be obtained no later than one year after the date of issue.

c) In shares of undertakings for collective investment in transferable securities (“UCITS”) permitted under Directive 2009/65/EC and/or other undertakings for collective investment (UCIs) within the meaning of Article 1 (2) first and second indents of Directive 2009/65/EC having their registered office in a member state of the European Union or a third country, provided that:

- such other UCIs are authorised in accordance with legal requirements which submit them to prudential supervision considered by the Commission de Surveillance du Secteur Financier (“CSSF”) to be equivalent to that required under community law and that there is a sufficient guarantee of cooperation between the authorities;

- the level of protection of shareholders of such other UCIs is equivalent to the level of protection of shareholders of a UCITS, and in particular that the requirements for segregation of the fund’s assets, borrowing, lending and uncovered sales of transferable securities and money market instruments are equivalent to the requirements of Directive 2009/65/EC:

- the business activities of the other UCIs are subject to semi-annual and annual reports which allow an assessment of the assets, liabilities, income and transactions over the reporting period;

- the UCITS or such other UCI whose shares are to be acquired may invest no more than a total of 10% of its assets in shares of other UCITS or UCIs, in accordance with its incorporation documents.

d) In sight deposits or deposits repayable on demand maturing in no more than twelve (12) months with qualified credit institutions whose registered office is located in a member state of the EU or in a member state of the OECD or in a country with equivalent regulations on money laundering (a “qualified credit institution”).

e) In money market instruments that are not traded on a regulated market and fall under the definition in Article 1 of the Law of 2010, if the issue or the issuer of such instruments are themselves subject to regulations concerning savings and investor protection, and provided they are:

- issued or guaranteed by a central governmental, regional or local authority or the central bank of an EU member state, the European Central Bank, the EU or the European Investment Bank, a third country or, in the case of a federal state, one of the members making up the

federation, or by a public international institution to which at least one EU member state belongs, or

- issued by an undertaking whose securities are traded on the regulated markets referred to under (a) above; or

- issued or guaranteed by an establishment subject to prudential supervision according to the criteria defined by EU community law, or by an establishment which is subject to and complies with prudential rules which in the opinion of the CSSF are at least as stringent as those under EU community law; or

- issued by other issuers belonging to a category approved by the CSSF, provided such instruments are subject to investor protection regulations equivalent to those of the first, second or third indent and provided the issuer is a company with own funds of at least ten (10) million euros which presents and publishes its annual accounts in accordance with the requirements of the 4th Directive 78/660/EEC, or is an entity within a group of companies comprising one or more companies listed on an official stock exchange which is dedicated to the financing of that group, or is an entity which is dedicated to the financing of the securitisation of liabilities by use of a credit line granted by a bank.

f) In derivatives including equivalent instruments settled in cash which are traded on a regulated market designated under letter a) above and/or "over the counter" ("OTC") derivatives, provided:

- the underlying securities are instruments within the meaning of Article 41 (1) of the Law of 2010, financial indices, interest rates, exchange rates or currencies in which the Company may invest according to its investment objectives,

- the counterparties in transactions with OTC derivatives are institutions subject to prudential supervision belonging to the categories approved by the CSSF and

- the OTC derivatives are subject to reliable and verifiable valuation on a daily basis and can be sold at any time at the initiative of the Company at their fair value, liquidated or closed by an offsetting transaction.

However, the Company may invest a maximum of 10% of the net asset value of any one sub-fund in securities and money market instruments other than those designated in (a) to (e), and, if no further investments in target funds are expressly permitted in the Special Part of the statutory prospectus, a maximum of 10% of the net asset value of any one sub-fund in target funds (i.e. shares in UCITS and/or other UCI as defined by letter c) above).

However, in accordance with chapter 9 of the Law of 2010 and under the conditions set forth therein, the Board of Directors may decide that a sub-fund (“**feeder**”) invests at least 85% of its assets in shares of another UCITS (or a sub-fund of a UCITS), which is allowed under EU Directive 2009/65/EC, and which is not itself a feeder and holds no shares of a feeder. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus.

The Company may invest up to 10% of the net asset value of any sub-fund in securities or money market instruments of one and the same issuer. The Company may invest up to 20% of the net asset value of any sub-fund in deposits with one and the same institution.

The limit mentioned in the first sentence of the previous paragraph shall be increased to 35% if the securities or money market instruments are issued or guaranteed by an EU member state or its local authorities, by a third country or by public international institutions to which one or more member states belong.

If multiple sub-funds exist, in accordance with the provisions set out in Article 181 (8) of the Law of 2010, one sub-fund may invest in other sub-funds of the Company.

By way of derogation from the previous paragraphs, in accordance with the principle of risk diversification, the Company is authorised to invest up to 100% of the net assets of a sub-fund in transferable securities and money market instruments issued or guaranteed by an EU member state or its local authorities, by a member state of the OECD or by international public organisations to which one or more member states belong, provided that the relevant sub-fund holds securities and money market instruments from at least six different issues and that securities from one issue do not account for more than 30% of the total net assets of the sub-fund.

In addition, the Company shall comply with all further restrictions defined by the prudential authorities of those countries in which shares are admitted for public offering.

In the event that any amendment made to the Law of 2010 should result in significant differences, the Board of Directors may determine that such new provisions should apply.

Pooling and “co-management”

Article 17- The assets of a sub-fund may be managed using pooling.

In such case, the assets of a number of sub-funds are managed together. These assets are described as a “pool”, whereby such pools are only used for internal management purposes.

The pools have no separate legal identity and they are not directly accessible to shareholders. Every sub-fund which is managed together with other sub-funds is assigned its specific assets for accounting purposes.

In cases where the assets of one or more sub-funds are managed together, the assets allocated to each of the participating sub-funds are determined on the basis of the initial allocation of assets to the pool, and they will be amended in the event of additional subscriptions or redemptions in proportion to such subscriptions and redemptions.

The claims of each participating sub-fund to the jointly managed assets shall be applicable to each and every investment in the pool.

Additional investments made in the name of the jointly managed sub-funds shall be allocated to the sub-funds on the basis of their respective rights, and any assets sold are withdrawn from the relevant assets of each participating sub-fund on the same basis.

Furthermore, insofar as is compatible with the investment policy of the relevant sub-funds, the Board of Directors may determine, with a view to ensuring efficient management, that all or part of the assets of one or more sub-funds will be managed jointly with the assets of other UCIs through a "co-management" arrangement, as described in the prospectus. In this case the above regulations apply *mutatis mutandis*.

Conflicts of interest

Article 18- No contract or other transaction between the Company and any other company or organisation shall be impaired or rendered invalid by the fact that one or more members of the Board of Directors or managers of the Company are involved in another company as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee, or otherwise personally involved in such company or organisation.

Any member of the Board of Directors or any other body of the Company acting as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee in another company or organisation entering into a contractual relationship with the Company or transacting any other business with it, shall not be prevented by such connection with the other company or organisation from acting for the Company and deciding on its legal transactions.

If a member of the Board of Directors or a manager of the Company has a personal interest in a transaction of the Company, he shall declare such personal interest to the Board of Directors, and shall not be involved in deliberating on and voting on the transaction. The

transactions and the personal interest of a member of the Board of Directors or a manager shall be disclosed at the next general meeting.

If the Company has only one shareholder, the preceding paragraph does not apply; rather, the transactions and the manager thereof, if the latter has an interest in conflict with the Company, will simply be mentioned in a record of these transactions.

The above provisions do not apply if the transactions in question are executed as part of day-to-day business operations at standard terms.

Indemnity

Article 19- The Company shall indemnify each member of the Board of Directors and each manager, or his heirs, executors and administrators, against all costs reasonably incurred in connection with any legal dispute/action or judicial proceedings in which he becomes involved in his capacity as current or former member of the Board of Directors or as manager of the Company, or as a result of a function performed, at the request of the Company, at another organisation with which the Company has a contractual relationship or of which it is a creditor, unless he is indemnified against any liability in respect of such legal dispute or action. This provision excludes incidents in respect of which there is a legal finding of gross negligence or poor management against them resulting from an action or legal process. In the event of debt composition proceedings, compensation shall be paid only in respect of matters covered by the debt composition proceedings and with regard to which the Company obtains confirmation from its lawyers that there has been no violation of duties by the liable person. The above indemnity rights shall not exclude other rights to which the above persons have a justified claim.

Representation

Article 20- The Company is bound by the joint signatures of two Directors of the Company or, where the Board of Directors has adopted the relevant resolutions, by the joint signatures of a Director and a managing director, a holder of a general commercial power of attorney or other authorised representatives or, for specific individual transactions and activities, by the sole or joint signature of such other persons on whom the relevant powers have been conferred by decision of the Board of Directors or by two Directors.

Auditor

Article 21- The general meeting of the Company shall appoint an auditor (“*réviseur d'entreprise agréé*”), who shall perform the duties described in Article 154 of the Law of 2010 in respect of the Company.

Redemption and switching of units Article 22:

Redemption

As set forth in detail below, the Company is entitled to redeem its shares at any time, subject to the statutory restrictions with regard to the minimum capital.

All shareholders may request that the Company redeem all or some of their shares, subject to deferral of redemption (as defined below).

The Board of Directors may resolve to defer the redemption or switching of shares if the Company receives redemption or switching applications on a valuation day or over a period of several valuation days defined in the prospectus which exceed a percentage defined in the prospectus of outstanding shares in a sub-fund. The Board of Directors will define the maximum deferral period in the prospectus. Such applications for redemption or switching shall have priority with respect to applications received subsequently.

Unless otherwise provided in the statutory prospectus, the redemption price shall normally be paid no later than five Luxembourg business days after the later of the applicable valuation day or the day on which the share certificates (where issued) are received. The redemption price is calculated on the basis of the net asset value per share of the relevant sub-fund or relevant share class in accordance with the provisions of Article 24 of these Articles of Association, less a redemption fee which is decided on by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus.

If, as a result of exceptional circumstances, the liquid funds of the assets of a sub-fund are insufficient to pay the redemption price within the above period, payment shall be made as soon as possible, but without any interest payments where this is legally permissible.

The application for redemption of shares is to be sent by the shareholder in writing directly to the Company or to one of the distributors by a point in time prior to the valuation day on which the shares are to be redeemed as stipulated in the statutory prospectus. A correctly submitted application for redemption is irrevocable, except in the case of and during

the period of a suspension or postponement of redemptions. All redeemed shares are cancelled.

Switching

In principle, each shareholder may apply to switch some or all of his shares for shares in another sub-fund on a valuation day applicable to both sub-funds or switch shares within a sub-fund between different share classes in accordance with the switching formula set forth in the prospectus and with the principles and restrictions, if any, laid down by the Board of Directors in respect of each sub-fund.

The Board of Directors is entitled to impose restrictions and conditions on the switching of shares of one sub-fund into shares of another sub-fund or, within a sub-fund, into other share classes; such restrictions and conditions will be set out in the applicable statutory prospectus. In particular, the Board of Directors may:

- limit the frequency of switching applications;
- apply a fee to the switching of share classes or of shares for shares in other sub-funds;
- exclude the switching of share classes within the same sub-fund.

Liquidation

If, for whatever reason, the net asset value of the assets in a sub-fund falls below a certain amount or fails to reach the amount set by the Board of Directors as the appropriate minimum asset level for the sub-fund in question, or if the Board of Directors regards it as appropriate because of changes in economic or political circumstances which have an influence on the sub-fund in question, or if it is in the interests of shareholders, the Board of Directors may redeem all (but not just some) shares in the relevant sub-fund at a redemption price which reflects the anticipated sale and liquidation costs for closing the sub-fund, but without otherwise charging a redemption fee, or may merge the sub-fund with another sub-fund of the Company or with another UCITS.

Closure of a sub-fund in connection with the forced redemption of all relevant shares for reasons other than those mentioned in the previous paragraph may be decided upon only with the prior consent of the shareholders of the sub-fund to be closed or merged which is obtained at a duly convened separate meeting of shareholders in the relevant sub-fund; this meeting may be validly held without a quorum and may decide by a majority of 50% of the shares of which the holders are present or represented.

If a sub-fund is the feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), the merger or liquidation of this other UCITS (or its sub-funds) leads to the liquidation of the feeder, unless, with the approval of the supervisory authority, the feeder changes its investment policy in the context of the limits of Part 1 of the Law of 2010. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus.

Liquidation proceeds which could not be paid to the shareholders on conclusion of the liquidation of a sub-fund will be deposited with the *Caisse de Consignation* in Luxembourg and will become void after thirty (30) years.

The Company must inform the shareholders about the liquidation by publishing a notification in a publication medium to be determined by the Board of Directors. If all the shareholders affected and their addresses are known to the Company, notification will take place by means of a letter to these recipients.

Merger

The Board of Directors may also merge any sub-fund with another sub-fund of the Company or with another UCITS in accordance with Directive 2009/65/EC or another sub-fund of such.

A merger adopted by the Board of Directors, which is to be carried out in accordance with the provisions of Chapter 8 of the Law of 2010, is binding for the shareholders of the relevant sub-fund thirty days after the relevant shareholders have been informed of this merger. This deadline is five (5) business days before the valuation day relevant for the merger. The Company must inform the shareholders about the merger. Such notification will be made by letter and/or, where applicable, in the form stipulated by the applicable law of the countries in which the shares are distributed.

Shareholders requesting redemption of their shares during this period may not be charged a redemption fee with the exception of the amounts retained by the Company to cover costs connected with divestments.

A merger of one or more sub-funds as a result of which the Company ceases to exist must be decided the General Meeting and recorded by the notary. No quorum is required for such decisions; a simple majority of the shareholders present or represented shall suffice.

Valuations and the suspension of valuations

Article 23- The net asset value of the Company, the net asset value per share in each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund (together “**net asset value**”), are calculated in the relevant currency on every valuation day – as defined below – except in the circumstances of suspension described below. A valuation day for each sub-fund is each bank working day in Luxembourg which at the same time is not a usual public holiday for the exchanges or other markets which represent the basis for valuation for a significant portion of the net asset value of the relevant sub-fund, as determined by the Company, insofar as the statutory prospectus makes no other provisions with regard to a given sub-fund.

However, a valuation day must be set on a bank working day in Luxembourg at least twice a month.

The Company may temporarily suspend the calculation of the net asset value of each sub-fund and the issue and redemption of shares of the sub-fund, as well as the conversion from and into shares of a sub-fund, in the following circumstances:

- a) if one or more stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the net asset value of the sub-fund (except on customary public holidays) is closed or if trading is suspended; or
- b) where in the opinion of the Board of Directors it is impossible to sell or to value assets as a result of particular circumstances; or
- c) where the communication technology normally used in determining the price of a security of the sub-fund fails or provides only partial functionality; or
- d) if the transfer of moneys for the purchase or sale of assets by the Company is impossible; or
- e) if a sub-fund is a feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), if and as long as this other UCITS (or its sub-funds) temporarily suspends the issue or redemption of its shares; or
- f) In the event of a merger of one sub-fund with another sub-fund or with another UCITS (or a sub-fund thereof), provided that this appears justified for the purposes of protecting the shareholders; or

g) if, because of unforeseen circumstances, a large number of redemption applications have been received and the interests of the shareholders remaining in the sub-fund are thereby endangered in the view of the Board of Directors; or

h) in the event of a decision to liquidate the Company, on or after the day of publication of the initial convening of a General Meeting of Shareholders for this purpose.

The Company shall suspend the issue, redemption and switching of shares without delay as soon as an event resulting in liquidation occurs or such is required by CSSF.

Shareholders having offered their shares for redemption or switching shall be notified of any suspension in writing within seven (7) days of such suspension, and immediately of the ending of such suspension.

The suspension of the issue, redemption and switching of shares in any one sub-fund shall not affect the calculation of the net asset value or the issue, redemption and switching of shares in the other sub-funds.

Calculation of net asset value

Article 24- The net asset value per share of each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund, are determined on each valuation day by dividing the total net asset value of the assets of the sub-fund or share class in question by the number of the outstanding shares in that sub-fund or share class. The total net asset value of the sub-fund or share class represents the market value of the assets contained in it, less the liabilities.

Calculation rules

Article 25- The calculation of the net asset values of the various sub-funds shall be carried out as follows:

(A) Assets

The assets of the Company include the following:

a) all available cash holdings or cash in accounts, including interest accrued;

b) all bills of exchange and other sight deposits (including proceeds from the sale of securities not yet credited);

c) all securities (shares, fixed-interest and variable-rate securities, stocks, option or subscription rights, warrants and other investments and securities in the possession of the Company);

d) all dividends and distributions due to the Company in cash or in kind, to the extent known to the Company; the Company may however adjust the valuation to as a result of fluctuations of the market value of securities due to trading practices such as the trading of ex-dividends or ex-subscription rights;

e) all interest accrued on interest-bearing securities held by the Company, where such interest does not form part of the principal claim;

f) all financial rights arising from the use of derivative instruments;

g) the provisional expenses of the Company, where they have yet not been written off, on condition that it is permitted to write off such provisional expenses against the capital of the Company; and

h) all other assets of all kinds and compositions, including expenses paid in advance.

The value of the above assets shall be determined as follows:

1) The value of freely available cash holdings, deposits, bills of exchange and sight deposits, expenses paid in advance, cash dividends and interest as per confirmation or accrued but not received, as described above, shall be calculated at the full amount, unless for some reason payment is not likely at all or in part, in which case the value shall be determined after deducting an amount at the discretion of the Board of Directors, with the aim of determining the effective value.

2) Securities that are officially listed on a stock exchange or traded on another regulated market shall be valued using the latest available price on the principal market on which the securities are traded. The services of an information agency approved by the Board of Directors may be used. The valuation of securities whose listing price is not representative and all other approved assets (including securities not listed on a stock exchange or traded on a regulated market) is based on their probable realisation price determined with care and in good faith by or under the supervision of Company.

3) All assets and liabilities in a currency other than that of the sub-fund in question are converted into the currency of the sub-fund using an exchange rate supplied by a bank or other responsible financial institution at the time of valuation.

4) Shares issued by open-ended UCIs are valued at their last available net asset value. In derogation of this, open-ended UCIs which also qualify as exchange-traded funds (ETFs) are valued at their closing price on the stock exchange on which they are listed.

5) The market value of futures, forwards or options contracts that are not traded on a stock exchange or other regulated market is determined according to the guidelines laid down by the Board of Directors and in a consistent manner. The market value of futures, forwards or options contracts that are traded on a stock exchange or other regulated market is determined on the basis of the last available settlement price for the contracts on stock exchanges and regulated markets on which futures, forwards or options contracts of this type are traded, with the proviso that, in the case of futures, forwards or options contracts that could not be sold on a valuation day, the market value of this contract shall be determined on the basis of a value which the Board of Directors deems reasonable and appropriate.

6) Liquid assets and money market instruments may be valued at their nominal value plus accrued interest or after deduction of pre-scheduled depreciation of historic costs. The latter valuation method may cause the value to differ temporarily from the price which the Company would receive upon sale of the investment. The Company shall monitor this valuation method and, if necessary, recommend changes to ensure that these assets are valued in an appropriate way, determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If the Company is of the opinion that a deviation from the scheduled depreciation of historic costs per share would lead to significant dilution or other unjustified effects on the shareholders, it shall make such corrections as it sees fit to prevent or limit dilution or unjustified effects, in so far as this is reasonably possible.

7) The swap transactions are, in principle valued on the basis of the valuations received from the swap counterparty. The values can be the bid, offer or mid-price, as determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If, in the opinion of the Board of Directors, these values do not reflect the appropriate market value for the relevant swap transactions, the value of the swap transactions will be ascertained by the Board of Directors in good faith or in accordance with another method which appears to the Board of Directors at its own discretion to be suitable.

8) If, as a result of particular circumstances, such as hidden credit risk, the valuation cannot be properly carried out on the basis of the above rules, the Company is entitled to

apply other valuation rules, which can be scrutinised by auditors, in order to arrive at a reasonable valuation of the assets.

(B) Liabilities

The liabilities of the Company shall include the following

a) all credits, bills of exchange and other payable amounts, including deposits lodged as security, for example margin accounts, etc. in connection with the use of derivative instruments; and

b) all due/accrued administrative expenses including the costs associated with formation and registration, and legal fees, auditor's fees, all fees of the investment advisers, custodian, distributors and other representatives and agents of the Company, the costs of statutory notices and the statutory prospectus, the financial reports and other documents made available to shareholders. If the scale of fees for such services, as agreed between the Company and the appointed service providers, such as investment advisers, sales advisers or the custodian, differ from one sub-fund to another, the varying fees shall only apply to the respective sub-funds. Marketing and advertising expenses may only be charged to a sub-fund in isolated cases following a decision of the Board of Directors; and

c) all known liabilities, present and future, including any dividend declared but not yet paid; and

d) an appropriate amount set aside for taxes, calculated on the day of valuation, and other accruals or reserves authorised by the Board of Directors; and

e)) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature towards third parties.

Any liability of whatsoever kind and nature towards third parties shall be restricted to the respective sub-fund(s).

In calculating its liabilities, the Company may include all administrative and other expenses that are regular or periodic in nature by calculating a total amount for the year or other period, and then dividing the amount proportionally to the relevant period. This method of calculation must only be applied to administrative and other expenses affecting all sub-funds equally.

(C) Classification of assets and liabilities

For each sub-fund, the Board of Directors shall establish an asset division as follows:

a) In the accounts of the Company, the proceeds from the allocation and issue of shares of each sub-fund shall be allocated to the asset division for which the sub-fund has been opened, and the corresponding assets and liabilities, in addition to income and expenditure, shall be allocated to this asset division in accordance with the guidelines in this article.

b) If an asset has been derived from another asset, the asset thus derived shall be allocated in the accounts to the same sub-fund as the asset from which it derives, and whenever an asset is revalued, any increase/loss in value shall be allocated to the relevant sub-fund.

c) If the Company has assumed a liability that relates to some asset in a particular sub-fund or to some activity in connection with an asset in a particular sub-fund, the liability shall be allocated to the sub-fund in question.

d) If an asset or liability of the Company cannot be regarded as having a particular value to be allocated to a particular sub-fund, and it does not affect all sub-funds equally, the Board of Directors may allocate such asset or liability in good faith;

e) From the date on which a dividend is declared for a sub-fund, the net asset value of the sub-fund shall be reduced by the amount of the dividend, subject, however, to the rules governing the sale and redemption price of the shares of each sub-fund as set out in these articles.

(D) General provisions

For the purposes of this article, the following shall apply to the process of valuation:

a) Shares redeemed in accordance with Article 22 of these Articles of Association shall be treated and registered as existing until just after the time, fixed by the Board of Directors or its authorised representative, at which such valuation is carried out, and from this time until the price has been paid, they shall be treated as a liability of the Company;

b) all investments, cash holdings and other assets of any sub-fund in a currency other than the currency of the sub-fund in question, shall be converted on the basis of their market value, using the exchange rate applicable on the date of the net asset valuation; and

c) on each valuation day, all purchases and sales of securities contracted by the Company on that valuation day shall be included in the valuation, to the extent possible.

Selling price and redemption price

Article 26- Whenever the Company offers shares for subscription, the price of the shares offered is to be based on the net asset value (as defined above) for the relevant sub-fund or relevant share class, and if applicable increased by the amount of a sales fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable prospectus of the Company. The sales fee is to be paid wholly or in part to the distributors or to the Company; such sales fees are based on the applicable laws and must not exceed a maximum determined by the Board of Directors. The sales fee may differ for each sub-fund or share class, but, within a sub-fund or a share class, all subscription applications on the same issue date must be treated equally insofar as the applicable sales fee will be paid to the Company. The price arrived at in this way (“**selling price**”) shall be paid within a period determined by the Board of Directors, which shall not exceed seven Luxembourg business days from the allocation of shares, unless otherwise provided for in the statutory prospectus.

The selling price may, upon approval of the Board of Directors, and subject to all applicable laws, namely with respect to a special audit report from the auditors of the Company confirming the value of any assets contributed in kind, be paid by contributing to the Company securities acceptable to the Board of Directors consistent with the investment policy and investment restrictions of the Company.

For any redemption of shares, the share price at which the shares will be redeemed will be calculated on the basis of the net asset value of the relevant sub-fund or relevant share class, and if applicable reduced by a redemption fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable statutory prospectus of the Company. The redemption fee is to be paid wholly or in part to the distribution agents; this redemption fee may differ for each sub-fund or share class. The price arrived at in this way (“**redemption price**”) shall be paid in accordance with Article 22 of these Articles of Association.

In special cases the redemption price may also be paid at the request of or with the approval of the relevant shareholder by means of a distribution in kind (payment in kind), the valuation of which must be confirmed by the company’s auditor. The equal treatment of all shareholders must be guaranteed.

In the event the statutory prospectus so provides, the selling price or the redemption price may be established using the so-called “swing pricing” pricing method. In such cases, the selling price or redemption price corresponds to a standard price that is arrived at by modifying the net asset value as follows: The net subscriptions or the net redemptions are determined for each valuation date. On each valuation date, the net asset value is then increased or reduced by the costs resulting on average from the investment of the net subscriptions or the sale of investments as a result of net redemptions.

Financial year

Article 27- The financial year of the Company begins on 1 July and ends on 30 June of the following year.

The annual reports of the Company shall be consolidated in Swiss francs. If certain sub-funds, as provided in Article 5 of these Articles of Association, contain assets denominated in currencies other than Swiss francs, the amounts shall be converted into Swiss francs and shall be shown in Swiss francs in the consolidated, audited annual report, including the balance sheet and the profit and loss account to be made available, with the report of the Board of Directors, to all shareholders fifteen (15) days before each General Meeting.

Distribution of profits

Article 28- At the request of the Board of Directors, the separate meetings of shareholders of the individual sub-funds decide each year on the dividends to be distributed by the Company. The Company may make distributions insofar as capital is not reduced below the minimum capital applying to the Company as defined in Article 5 of these Articles of Association.

If dividends are declared for the distributing shares of a sub-fund, the selling and redemption prices of the distributing shares of the sub-fund in question shall be adjusted accordingly. In the case of accumulating shares, no dividends are distributed. Instead, the amount accruing to accumulating shares shall be reinvested for the benefit of the shareholders.

Interim distributions may be made at any time by decision of the Board of Directors, insofar as capital is not reduced below the minimum capital applying to the Company as defined in Article 5 of these Articles of Association.

Where dividends are declared, they shall generally be paid in the currency of the relevant sub-fund, although it may be paid in another currency determined by the Board of Directors, which shall also determine the locations and times of payment. The Board of Directors may set the exchange rate used to convert the dividend amounts into the currency in which they are paid.

Proceeds from liquidation

Article 29- If the Company is wound up, the liquidation shall be conducted by one or more liquidators appointed by the general meeting, which shall decide on the question of liquidation and which shall lay down the respective powers and remuneration. The net proceeds from liquidation shall be divided among the shareholders in each sub-fund and share class in proportion to the shares held in the respective sub-fund/share class.

Amendments to the Articles of Association

Article 30- These Articles of Association may be amended or supplemented at any time by a resolution of the shareholders of the Company, provided the quorum and majority requirements laid down in the Law of 1915 are observed in the voting. Any alteration of the rights of shareholders in one sub-fund compared with the rights of shareholders in another sub-fund shall only be permissible if the requirements relating to amendments to the Articles of Association provided for in the Law of 1915 are adhered to within the affected sub-fund.

General

Article 31- All matters not dealt with by these Articles of Association are governed by the Law of 1915 and the Law of 2010.

[Stamp: Henri HELLINCKX, Notary – **CERTIFIED TRUE COPY.**
LUXEMBOURG]

Henri HELLINCKX

Notary in Luxembourg.

[Signature]